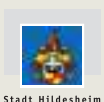




SOZIALE STADT – HILDESHEIM

Vorbereitende Untersuchung / Integriertes städtisches Entwicklungskonzept 2015 – „Nördliche Nordstadt“



Fachbereich
Stadtplanung und Stadtentwicklung

 HILDESHEIM

AUFTRAGGEBER

Stadt Hildesheim
Markt 3, 31134 Hildesheim
stadtplanung@hildesheim.de
www.hildesheim.de



Stadt Hildesheim

PROJEKTBEARBEITUNG UND KOORDINATION STADT HILDESHEIM

Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung
Dipl.-Ing. Christine Söhlke, Bereichsplanerin
Dipl.-Ing. Ullrich Dawid, Sanierungskaufmann

Fachbereich Soziales und Senioren
Jürgen Blume, Fachbereichsleiter
Ulf Möhle, stellv. Fachbereichsleiter

AUFTRAGNEHMER



ARCHITEKTUR- UND PLANUNGSGESELLSCHAFT mbH

Michael Bergholter
Dipl.-Ing. Architekt BDA Stadtplaner SRL

Barbara Ettinger-Brinckmann
Dipl.-Ing. Architektin BDA DWB

Hessenallee 2
D-34130 Kassel
Tel. +49 (0)561 707 75-0
Fax +49 (0)561 707 75-23
Email: info@anp-ks.de
www.anp-ks.de

Bearbeiter ANP
Dipl.-Ing. Fabian Schäfer
B. Sc. Marco Köster

Stand: Mai 2015

IN UNTERSTÜTZENDER KOOPERATION MIT



Nordstadt.Mehr.Wert
Hochkamp 25
31137 Hildesheim
Tel. 05121 281 63 11
Email: info@nordstadt-mehr-wert.de
www.nordstadt-mehr-wert.de

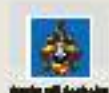


Lebenshilfe Hildesheim e.V.
Am Flugplatz 9
31137 Hildesheim
Tel.: 05121 / 170980
Email: Info@lhhi.de
www.lebenshilfe-hildesheim.de



SOZIALE STADT – HILDESHEIM

Vorbereitende Untersuchung / Integriertes städtisches Entwicklungskonzept 2015 – „Nördliche Nordstadt“



Fachbereich
Stadtplanung und Stadtentwicklung

 HILDESHEIM



Blick auf die Nordstadt (Stand 2005)

INHALTSVERZEICHNIS

1	Annäherung und Rahmenbedingungen	6
1.1	Soziale Stadt – Programm der Städtebauförderung für benachteiligte Stadt- und Ortsteile	10
1.2	Städtebauförderung in Hildesheim	11
1.3	Übergeordnete Planungsgrundlagen	13
1.4	Regionale Funktion der Stadt	14
2	Lage und Funktion des Untersuchungsgebiets	18
2.1	Das Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt	20
3	Demografische und soziale Entwicklungen	24
3.1	Bevölkerungsentwicklung	24
3.2	Altersstruktur	24
3.3	Migration	25
3.4	Arbeitslosigkeit und Armut	26
4	Bestandssituation Nördliche Nordstadt	28
4.1	Wohnen	28
4.2	Wohnumfeld und Freiräume	31
4.3	Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur und Aktivitäten	34
4.4	Verkehr	36
4.5	Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung	38
5	Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen	44
5.1	Attraktivierung des Wohnens	44
5.2	Wohnumfeld und Freiräume	45
5.3	Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastrukturangebote	46
5.4	Schaffung eines Quartierszentrums	46
5.5	Öffentlicher Raum und Verkehr	47
5.6	Bürgermitwirkung und Aktivierung des Stadteillebens	48
5.7	Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung	49
6	Bürgermitwirkung im Stadtteil	50
7	Abgrenzung Gebiet für Maßnahmen der Sozialen Stadt / Sanierungsverfahren	52
8	Zusammenfassender Steckbrief Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt	54
9	Durchführung der Sanierung und Kostenabschätzung	55
10	Ausblick	56

1 ANNÄHERUNG UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Stadt Hildesheim hat seit vielen Jahren über die Städtebauförderung Zuschüsse des Bundes und Landes eingeworben und leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung der Stadtentwicklungsziele. Aufgrund der besonderen Probleme in der „Nördlichen Nordstadt“ bietet sich die Chance der Bewerbung um die Programmaufnahme in das Städtebauförderungsprogramm.

Voraussetzung zur Förderung von Maßnahmen der Stadtteilenerneuerung sind die Durchführung Vorbereitender Untersuchungen nach § 141 BauGB.

Mit den Vorbereitenden Untersuchungen / dem integrierten städtischen Entwicklungskonzept werden Beurteilungsgrundlagen geschaffen, die Aussagen über die Notwendigkeit der Sanierung, der sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge geben. Ferner geben sie einen Ausblick auf die anzustrebenden allgemeinen Ziele und die Durchführbarkeit der Sanierung im Allgemeinen. Die Vorbereitenden Untersuchungen sollen sich auch auf nachteilige Auswirkungen erstrecken, die sich für die von der beabsichtigten Sanierung unmittelbar Betroffenen in ihren persönlichen Lebensumständen im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich voraussichtlich ergeben werden. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 16.03.2015 den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen für das Programm „Soziale Stadt“ beschlossen. Diese wurden mit dem vorliegenden Dokument erstellt.



Vorgehen im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen

Im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen wurde zur Identifizierung der städtebaulichen und sozialen Missstände eine umfassende Bestandsaufnahme der örtlichen Situation mit fotografischer Dokumentation durchgeführt. Um die ersten Erkenntnisse überprüfen zu können, wurde am Freitag, den 17. April 2015, in der Begegnungs- und Beratungsstätte „Treffler“ der Diakonie Himmelsthür in der Nordstadt, Peiner Straße 6, 31137 Hildesheim, ein Workshop mit Akteuren aus dem Quartier veranstaltet. Darüber hinaus sollten neben den städtebaulichen und sozialen Missständen vor allem auch Ziele, mögliche Maßnahmen und Projekte für die „Nördliche Nordstadt“ zusammengetragen werden. Die gezielte Beteiligung der lokalen Experten und Schlüsselpersonen aus dem Quartier hat letztlich die Qualität der Ergebnisse weiter verbessert und diese konkretisiert.



Workshop im „Treffler“ in der Nordstadt Hildesheim



Teilnehmer/-innen des Workshops



Großes Plenum des Workshops

Im Rahmen des Workshops wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und die Vorbereitende Untersuchung Nördliche Nordstadt informiert. Auf Grundlage der Ergebnisse der Bestandsanalyse zum Untersuchungsraum „Nördliche Nordstadt“ fand ein Austausch der Akteure in thematischen Arbeitsgruppen statt. In einem abschließenden Plenum wurden die Ergebnisse aller Teilnehmer zusammengeführt.



Brainstorming in den Arbeitsgruppen

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bezüglich der dargestellten Missstände und Potenziale wurden durch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Wesentlichen bestätigt und in Teilen ergänzt. Insgesamt wurden umfassende Ergebnisse aus den nachstehenden Maßnahmenbereichen genannt:

- Attraktivierung des Wohnens
- Wohnumfeld und Freiräume
- Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur
- Öffentlicher Raum und Verkehr
- Bürgermitwirkung, Aktivierung des Stadtteillebens
- Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung
- Treffpunkt- und Zentrumsbildung



Diskussionen in den Arbeitsgruppen

Nachstehend werden die häufigsten Nennungen zusammengefasst. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Beschäftigung“ wurde nicht gebildet, weshalb dieser Themenkomplex als Querschnittsthema in jeder Arbeitsgruppe berücksichtigt wurde.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Teilnehmer sehen folgende Ziele als besonders wichtig:

- Herausbildung einer Quartiersmitte (beispielhaft an der Kreuzung Peiner Straße/Martin-Luther-Straße/Bereich Martin-Luther-Kirche verortet) / öffentliche Treffpunkte
- Schaffung von mehr Barrierefreiheit im Quartier
- Aktivierung und Beratung von Grundstückseigentümern
- Verschönerung von Fassaden (z.B. über Gestaltungs-/Ideenwettbewerbe)
- Erstellung eines Müllkonzeptes für das Quartier (zur Vermeidung von Abfällen, Hundekot, etc. im öffentlichen Raum)

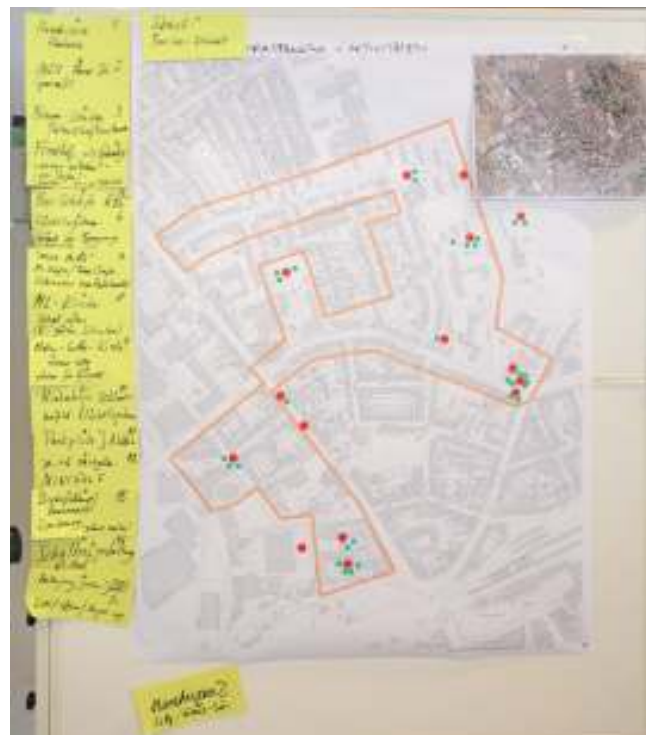
- Aufwertung/Zonierung von Hausvor-/Eingangs-
bereichen und Vorgärten (klare Einteilung Vegetations-
bereiche, Fahrradstellflächen, Müllzonen, etc.)
- Attraktivierung/Sanierung von Straßen/Wegen (z.B.
Justus-Jonas-Straße sowie Verbindung Justus-Jonas-
Straße / Richthofenstraße), Platzbereichen (Vorbereich
Robert-Bosch-Gesamtschule/Busschleife Richthofen-
straße) und Hinterhöfen / Blockinnenbereichen
- Öffnung bestehender Freiräume/Freiflächen und Ein-
richtungen (z.B. Martin-Luther-Kirche, Johannishof,
Nordfriedhof, Schulhof Grundschule Nord/Hort)
- Städtebauliche Aufwertung Bereich Senkingstraße mit
Flüchtlingsheim als Begegnungsstätte
- Informations- und Beratungsangebote für Bewohne-
rinnen und Bewohner



Arbeitsergebnisse der AG Wohnen und Wohnumfeld



Vorstellung der Ergebnisse (AG Wohnen und Wohnumfeld)



Arbeitsergebnisse der AG Soziale Infrastruktur und Aktivitäten

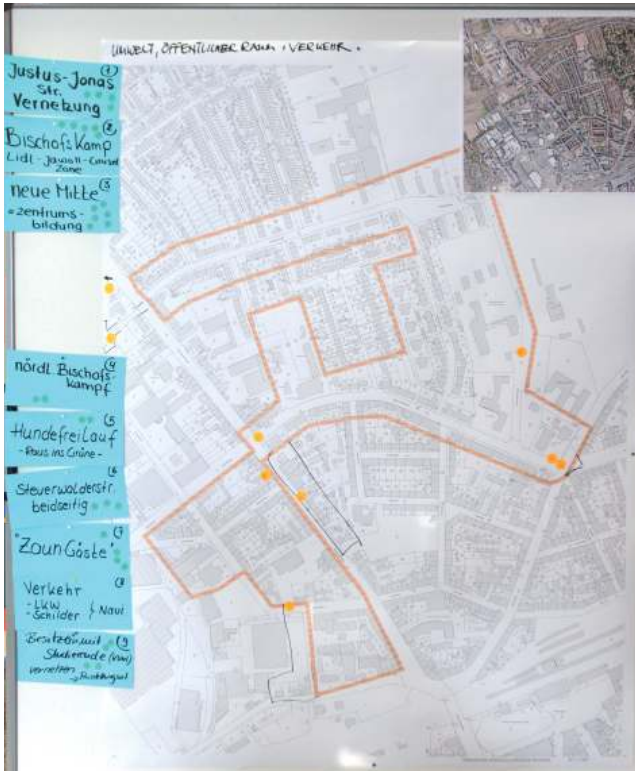


Vorstellung der Ergebnisse (AG Umwelt, Öffentlicher Raum und Verkehr)



Vorstellung der Ergebnisse (AG Soziale Infrastruktur und Aktivitäten)

In einer Arbeitsgruppe wurden mehrere Fördergebietserweiterungen vorgeschlagen. Diese wurden von der Stadt geprüft. Generell schreibt das Baugesetzbuch vor, den räumlichen Umfang so festzulegen, dass die Maßnahmen zweckmäßig und auch innerhalb des Förderzeitraums durchführbar sind. Es wurden Erweiterungen für den Bereich Gewerbegebiet Bischofskamp mit Türkisch-Islamischer Gemeinde zu Hildesheim e.V. und diverse gewerblich genutzten Hallen vorgeschlagen. Ferner wurde die „Sinti“-Siedlung an der Münchwiese/Lily-Franz-Straße im Bereich der Münchwiese betrachtet. Sie ist Mitte der 60er Jahre errichtet worden



Arbeitsergebnisse der AG Umwelt, Öffentlicher Raum und Verkehr

und beherbergt heute noch etwa 70% Sintis. Neben den Sintis sind arabischstämmige Kinder in der dortigen Kindertagesstätte. Die Außenanlagen dieser Einrichtung sind sanierungsbedürftig und werden als Freifläche für die Sinti-Gemeinde genutzt.

Die vorgeschlagenen Erweiterungen (Gewerbebereich Bischofskamp mit Türkisch-Islamischer Gemeinde zu Hildesheim e.V. und „Sinti“-Siedlung an der Münchwiese/Lily-Franz-Straße) lassen sich aufgrund der Lage und der damit verbundenen räumlichen Distanz zum vorgeschlagenen Fördergebiet (vgl. Kap. 7) nicht zweckmäßig ein- und anbinden. Die Stadt und weitere Akteure versuchen dennoch – auch außerhalb eines Förderszenarios – den Problemen in diesen Bereichen aktiv zu begegnen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Teilnehmer des Workshops das Vorhaben, in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen zu werden, sehr befürworten und unterstützen. Die im Workshop gesammelten Ergebnisse sind als zentraler Baustein in die Vorbereitende Untersuchung eingeflossen.



Untersuchungsgebiet / Betrachtungsraum der Vorbereitenden Untersuchung mit weiteren Prüfstandorten

1.1 SOZIALE STADT - PROGRAMM DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG FÜR BENACHTEILIGTE STADT- UND ORTSTEILE

Das Programm „Soziale Stadt“ ist Teil der Städtebauförderung und damit ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik in vielen deutschen Städten und Gemeinden. Die von Bund, Ländern und Gemeinden getragene Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ existiert seit 1999 und ist als Aktionsprogramm zur sozialen Stabilisierung von städtischen Problemgebieten zu verstehen.

Die Bundestransferstelle beschreibt das Programm der Städtebauförderung für benachteiligte Stadt- und Ortsteile „Soziale Stadt“ wie folgt:



Flyer der Bundestransferstelle zum Förderprogramm „Soziale Stadt“

Der gesellschaftliche und ökonomische Wandel wirkt sich in den Städten und Gemeinden Deutschlands räumlich differenziert aus. Es gibt sowohl prosperierende Stadtteile von hoher Qualität als auch Quartiere mit einer Konzentration von städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Mit dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt unterstützen Bund und Länder die Kommunen bei der schwierigen Aufgabe, benachteiligte Stadt und Ortsteile zu stabilisieren und die Lebensbedingungen insgesamt zu verbessern. Durch städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens wird für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit gesorgt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen verbessert.

In Integrierten Entwicklungskonzepten werden Ziele und Maßnahmen für die Programmgebiete der Sozialen Stadt festgelegt, Ressourcen im Quartier werden abgestimmt und fachübergreifende Kooperationen gebildet und gelebt. Ein zentrales Element des Programmansatzes ist die frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Bewohnerschaft in die Planung und Umsetzung im Quartier. Dieses Vorgehen erhöht die Akzeptanz und Qualität der Projekte und fördert

die Identifikation mit dem Wohnumfeld. Ein aktives Quartiersmanagement koordiniert in Kombination und auf der Grundlage der bereits geleisteten aktivierenden Gemeinwesenarbeit die Maßnahmen, unterstützt die Prozesse und fördert die Netzwerkarbeit vor Ort.

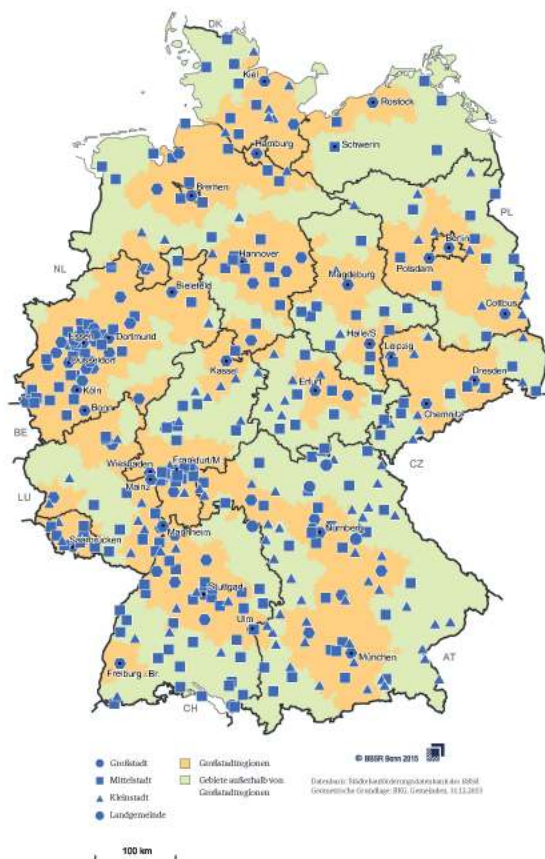
Das Programm Soziale Stadt ist im Rahmen der Städtebauförderung Leitprogramm der sozialen Integration. Weitere Ressorts und Akteure aus Unternehmen, Stiftungen und Zivilgesellschaft sollen zur Mitwirkung gewonnen werden. Das Programm bildet damit die Grundlage für eine „ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“ auf Bundesebene.

Finanzvolumen und Programmumsetzung

Für das Programm Soziale Stadt stellt der Bund insgesamt 150 Millionen Euro im Programmjahr 2015 bereit. Die Bundesfinanzhilfen werden nach Artikel 104b Grundgesetz zur Verfügung gestellt und entsprechen grundsätzlich einem Drittel der förderfähigen Kosten. Länder und Kommunen ergänzen gemeinsam die Bundesmittel um zwei Drittel. Damit haben seit Programmstart im Jahre 1999 Bund, Länder und Kommunen bis einschließlich 2014 rund 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in 659 Programmgebieten in 390 Städten und Gemeinden bereitgestellt. In Groß- und Mittelstädten liegen etwa 80 Prozent der Programmgebiete; 20 Prozent in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden. Die Länder stellen die konkreten Förderprogramme auf und setzen sie eigenverantwortlich um.

Mittelbündelung und Kooperationen mit Dritten

Das Programm Soziale Stadt ist bewusst auf ressortübergreifende Zusammenarbeit und sozialraumorientierte



Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt 2014



arte. Durchgeführte Maßnahmen im Sanierungsgebiet. Darstellung plan zwei, Kartengrundlage Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung 2005

Klassisches Sanierungsgebiet „Südliche Nordstadt“

Bündelung mit Programmen aus anderen Politikbereichen auf EU, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene angelegt, um Synergieeffekte zu nutzen. Denn die Städtebaufördermittel können nicht alleine alle Maßnahmen des integrierten Handlungsansatzes abdecken. Zudem ist es wichtig, weitere Kooperationspartner einzubinden. Vorrangig gefördert werden daher städtebauliche Gesamtmaßnahmen, die im Fördergebiet mit Dritten kooperieren.

Programmwirkung und Programmbegleitung

Das Programm Soziale Stadt ist im Rahmen der Städtebauförderung ein essenzieller Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Das seit 15 Jahren installierte und mehr als 650 Wohnquartiere umfassende Städtebauförderungsprogramm zeigt in vielen Stadtteilen positive Wirkungen in den Handlungsfeldern

- Aufwertung der Wohn(ungs)qualität, des Wohnumfelds und des öffentlichen Raumes,
- Verbesserung der sozialkulturellen Infrastrukturen und Quartierszentren,
- Stärkung des Zusammenlebens und der Integration im Stadtteil,
- Beteiligung, Eigeninitiative und Qualifizierung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner sowie
- Vernetzungen vor Ort und Kooperationen mit anderen Politikbereichen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

In vielen Quartieren ist es gelungen, eine gemeinsame Verantwortung für benachteiligte Stadt und Ortsteile und ihre Bewohnerschaft in Politik, Verwaltung, bei den Akteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern selbst herzustellen.

1.2 STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HILDESHEIM

Hildesheim kann auf über 30 Jahre Stadtsanierung und Stadterneuerung zurückschauen. Die positive Entwicklung im Bestand der Quartiere und Stadtteile konnte mit Hilfe der gezielten Stadtplanung, städtebaulichen Förderung und der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den privaten Eigentümern und den Akteuren vor Ort realisiert werden. Gemeinsam mit allen Beteiligten konnte so in den Quartieren und Stadtteilen die Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes verbessert, die Nutzungsmischung aus Wohnen, Arbeiten, Dienstleistung und Handel, Kultur und Freizeit verträglich gestaltet und die soziale Infrastruktur gestärkt werden. Mit dem Einwerben von Fördermitteln des Bundes und Landes wurden so nachhaltig die Quartiere bei der Bewältigung des wirtschaftlichen, demografischen, sozialen Wandels – auch unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Aspekte – unterstützt. Der Mitteleinsatz leistet damit konkret einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung der Hildesheimer Stadtentwicklungsziele.

Das Landesministerium hat kürzlich mitgeteilt, dass Niedersachsen die Städtebauförderungsmittel deutlich aufstocken und den Schwerpunkt künftig auf das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ legen wird.

Aufgrund der besonderen Probleme in der „Nördlichen Nordstadt“ bietet sich die Chance der Bewerbung um die Programmaufnahme in das Städtebauförderungsprogramm. In der „Südlichen Nordstadt“ wurde bereits von 1986 bis 2008 über das Städtebauförderungsprogramm eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme im „klassischen Sanierungsverfahren“ durchgeführt (Klassisches Sanierungsgebiet „Südliche Nordstadt“). Die klassische Städtebauförderung sieht mit ihren traditionellen Sanierungsmaßnahmen insbesondere die Behebung städtebaulicher Missstände vor. Die vorhandene Bebauung und die öffentlichen Räume erfüllen oft nicht die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse. In der „Südlichen Nordstadt“ ging es um die



Fassadenmalerei in der südlichen Nordstadt

Zielsetzung mehr „Licht, Luft und Sonne“ in die Innenhöfe, Wohnungen und Arbeitsstätten zu bekommen. Die klassische Städtebauförderung mit ihren traditionellen Sanierungsmaßnahmen wird zunehmend durch integrierte Konzepte und Handlungsweisen abgelöst, die ressortübergreifend und interdisziplinär entwickelt sowie mit zahlreichen Akteuren im Dialog umgesetzt werden. Der durchgeführte Prozess hat zu einer heute sichtbaren Verbesserung des Stadtbilds und des Wohnumfelds geführt und soll nun auf die nördliche Nordstadt und Teile der südwestlichen Blockbebauung ausgeweitet werden. Die räumliche, aber insbesondere auch inhaltliche Trennung, wird durch die Gebietsbezeichnung „Soziale Stadt – Nördliche Nordstadt“ deutlich. Aufgrund der heute bestehenden Missstände und vor dem Hintergrund des Programms Soziale Stadt entsteht eine leichte Überschneidung des Gebietes der Vorbereitenden Untersuchung mit dem Sanierungsgebiet „Südliche Nordstadt“.

Im Überschneidungsbereich werden keine investiven Maßnahmen wiederholt. Bereits konkrete städtebauliche Ver-

besserungen wie Straßensanierungen durch das klassische Städtebauförderungsprogramm werden in der Beschreibung Bestandssituation positiv näher dargestellt (vgl. Kap. 4.4). In diesen Straßenzügen wird der Fokus des Sanierungsprogramms „Soziale Stadt“ den Schwerpunkt auf Themen wie städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, Verbesserung der Hauseingänge, Qualität des Wohnens für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration aller Bevölkerungsgruppen legen. Ferner werden u.a. folgende Themen im Fokus stehen: Integration, Inklusion, Einbeziehung verschiedener ethnischer Gruppen, Bewohner des Flüchtlingsheims, Schaffung von barrierearmen und -freien Zugänglichkeiten, Beachtung der Zielsetzung der Zugänglichkeit i.S. von Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention sowie die Belange von sehbehinderten Menschen, Gesundheitsförderung, Stärkung der lokalen Ökonomie, Ausbildung und Beschäftigung.



Spielplatz in der Martin-Luther-Straße



Verkehrsberuhigter Bereich in der Heinrichstraße



ISEK 2020

1.3 ÜBERGEORDNETE PLANUNGSGRUNDLAGEN

Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2020

Grundlage aller städtebaulichen Entwicklungen ist das im Jahr 2007 erstellte „Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2020 – Vorbereitung zum Flächennutzungsplan“ (ISEK 2020).

Dies dient als übergeordnetes Entwicklungskonzept mit dem Ziel, gesamtstädtische und teilräumliche Aussagen über zukünftige Perspektiven der Weiterentwicklung der Stadt Hildesheim zu treffen. Aus diesem Stadtentwicklungskonzept leiten u. a. sich die Ziele für den Untersuchungsraum der Nördlichen Nordstadt ab.

Die nachstehenden, im ISEK 2020 auferlegten übergeordneten Ziele wurden seit der Erstellung in den letzten Jahren konsequent verfolgt:

- Integration: Konzentration auf eine verstärkte Innenentwicklung
- 100plus: Behauptung der Position als Oberzentrum und Großstadt
- Handlungsfähigkeit: Entwicklungsalternativen für die Politik.

Um die Erfolge der Stadtentwicklung überprüfen zu können, wurde im Jahr 2013 die Evaluation „Sechs Jahre integrierte Stadtentwicklung Hildesheim“ erarbeitet. In der Gesamtbilanzierung der Evaluation wird deutlich, dass insbesondere



Evaluation zum ISEK 2020

die Maßnahmen und Projekte in den Hildesheimer Fördergebieten ein wichtiger Motor der Stadtentwicklung sind. Neben den sichtbaren baulichen Veränderungen zeichnen sich auch Erfolge hinsichtlich der Attraktivität als Wohnstandort ab. Im Jahr 2005 verlor die Kernstadt noch Einwohner und die Stadtteile hatten mehr Zuzüge als Fortzüge zu verzeichnen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse umgekehrt. 2010 verzeichneten alle Kernstadtbezirke deutliche Wanderungsgewinne. Somit wurden bereits zentrale Ziele der integrierten Stadtentwicklung, aber auch des Stadtumbauprogramms erreicht.

Regionale Handlungsstrategien Leine-Weser – Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser

Die Erstellung der Vorbereitenden Untersuchung/eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes erfolgt darüber hinaus in Abstimmung mit den vom Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) erstellten Regionalen Handlungsstrategien Leine-Weser 2014–2020. Die Regionalen Handlungsstrategien sollen durch die Förderung von Kooperationen, die Zusammenarbeit von Regionen, Städten und Gemeinden sowie die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit verbessern und legen dabei verschiedene Handlungsfelder und -schwerpunkte der Zukunftsentwicklung fest.



Handlungsfelder der Regionalen Handlungsstrategien:

1. Gewerbliche Wirtschaft / Landwirtschaft
2. Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung
3. Klima und Energie
4. Natur und Umwelt
5. Daseinsvorsorge und Siedlungsstruktur
6. Identifikation und Aktivierung.

Innerhalb dieser Handlungsfelder werden strategische und operative Ziele abgeleitet, die sich auch von der regionalen Ebene bis auf die Hildesheimer Quartiers- und Stadtteilbene herunter brechen lassen. Nachstehend werden diese Ziele in zusammengefassten Kategorien schlagwortartig aufgelistet:

Wohnen und Wohnumfeld

Stärkung der Innenentwicklung, Nutzung von Gewerbebrachen, Reaktivierung von nutzbaren Wohn- und Gewerbeflächen, Angebote von preiswerten Wohnraum, Stärkung von funktionalen Strukturen, Vorrang für flächensparende Innenentwicklung, Vermarktungsplattform, Umsetzung von Rückbau- und Entsiegelungsmaßnahmen, Schaffung von preiswerten Wohnungen, Verbesserung des Angebotes von bedarfsgerechten Wohneinheiten, Wohnungsmix: große und kleine Wohnungen für verschiedene Wohnungsansprüche: Familien, Wohngruppen, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studenten, Wohnumfeldverbesserung, Aufwertung der historischen Bausubstanz

Zusammenleben, Schule, Bildung, Gesundheit

Flächenrecycling, Altlastensanierung, Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung, Grundversorgung), Vernetzung stationärer und ambulanter Angebote untereinander, Vermarktung identitätsstiftender Produkte

Umwelt und Verkehr

Elektromobilität, Unterstützung des ÖPNV, klimafreundliche Warenströme, Daseinsvorsorge vor Ort und gute Erreichbarkeit

Stadtteilkultur, Imageverbesserung

Förderung von kooperativen Strukturen, Steigerung der regionalen und quartiersbezogenen Identität und der Wohnumfeldqualität, Aktivierung von Potenzialen bürgerschaftlichen Engagement, Einbindung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Projekte zur Steigerung der Wohnumfeldqualität, attraktive Entwicklung von Wohnquartieren / integrierte und integrative Stadtteilentwicklung, Stärkung von aktivierenden kulturellen Angeboten, Kultur- und Tourismusangebote auch als wichtigen Faktor für die Lebensqualität etablieren, Schaffung einer Willkommenskultur für neue Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier, insbesondere für Flüchtlinge und andere Migranten, Inklusion, Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Vorgaben der übergeordneten Planungsgrundlagen aus ISEK 2020 und den Regionalen Handlungsstrategien sind Vorgaben und Zielstellungen, die in den Vorbereitenden Untersuchungen besonders berücksichtigt wurden.

1.4 REGIONALE FUNKTION DER STADT

Hildesheim ist eine alte Bischofsstadt mit rund 103.000 Einwohnern im südöstlichen Niedersachsen. Sie liegt als Teil der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg im Schwerpunkt dieses Städtevierecks.

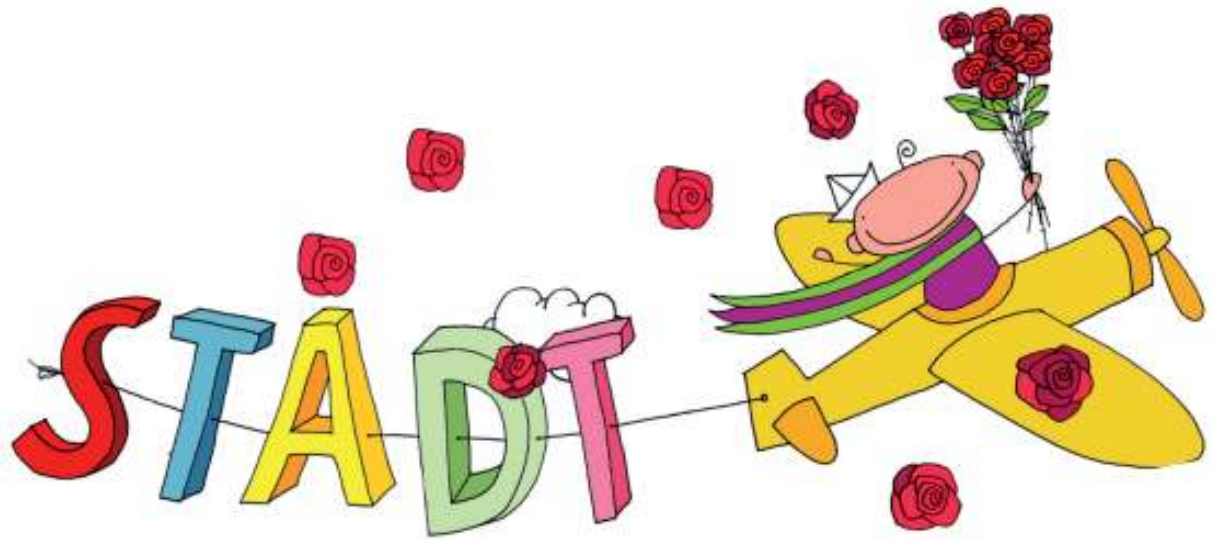


Metropolregion

Die Stadt verfügt über eine lebendige Kulturszene, ein international renommiertes Museum, kunsthistorische Sammlungen, attraktive Stadtquartiere und eine reizvolle, abwechslungsreiche Umgebung. Das UNESCO-Weltkulturerbe Dom und St. Michael, der 1.000-jährige Rosenstock und der historische Marktplatz mit dem Knochenhauer Amtshaus, welches aufgrund der aufwendig gestalteten Außenfassade als „schönstes Fachwerkhaus der Welt“ gilt, prägen die Identität der Stadt.

2015 feiert Hildesheim das 1.200jährige Stadt- und Bistumsjubiläum. Anlass zur 1.200jährigen Jubiläumsfeier ist die Gründung des Bistums Hildesheim im Jahr 815 durch Ludwig den Frommen. Als neu geschaffener Bischofssitz tritt die vermutlich schon vorher vorhandene kleine Siedlung ins Licht der Geschichte. Die Gründung des Bistums – verknüpft mit der Legende um den Hildesheimer Rosenstock – kann als Ursprung des Wachstumsprozesses zur Stadt, aber vor allem auch als wichtiger historischer Bezugspunkt Hildesheimer Identität gesehen werden.

Noch heute zeugen die mittelalterlichen Kirchenbauten Hildesheims und ihre großartigen Kunstschätze von der früheren Blütezeit des Bischofsitzes und der Zeit der Bischöfe Bernward und Godehard. Bildung und Wissenschaft



1.200 Jahre Hildesheim (gestaltet von Oleg Pesochyn 2014 mit dem Kunstbaukasten Hildesheim 1.200)



1.200 Jahre Hildesheim (gestaltet von Oleg Pesochyn 2014 mit dem Kunstbaukasten Hildesheim 1.200)

strahlten von hier aus weit in das Bistum aus und bedeutende Werkstätten exportierten ihre Luxusgüter nach ganz Europa. Die Weltkulturerbekirchen sind beredte Zeugen der bewegten Epochen. Spuren der 1.200-jährigen Geschichte prägen das Empfinden der Stadt und bieten gleichzeitig einen zeitgemäßen Ausblick für die Weiterführung von Quartiersentwicklungen der Zukunft. Das städtische Oberthema beschreibt das Hildesheimer „Stadtgefühl“. Viele Stadtteile

und Akteure beteiligen sich an dem Jubiläumsprogramm. Im Juni 2015 findet überdies der „Tag der Niedersachsen“ in Hildesheim statt.

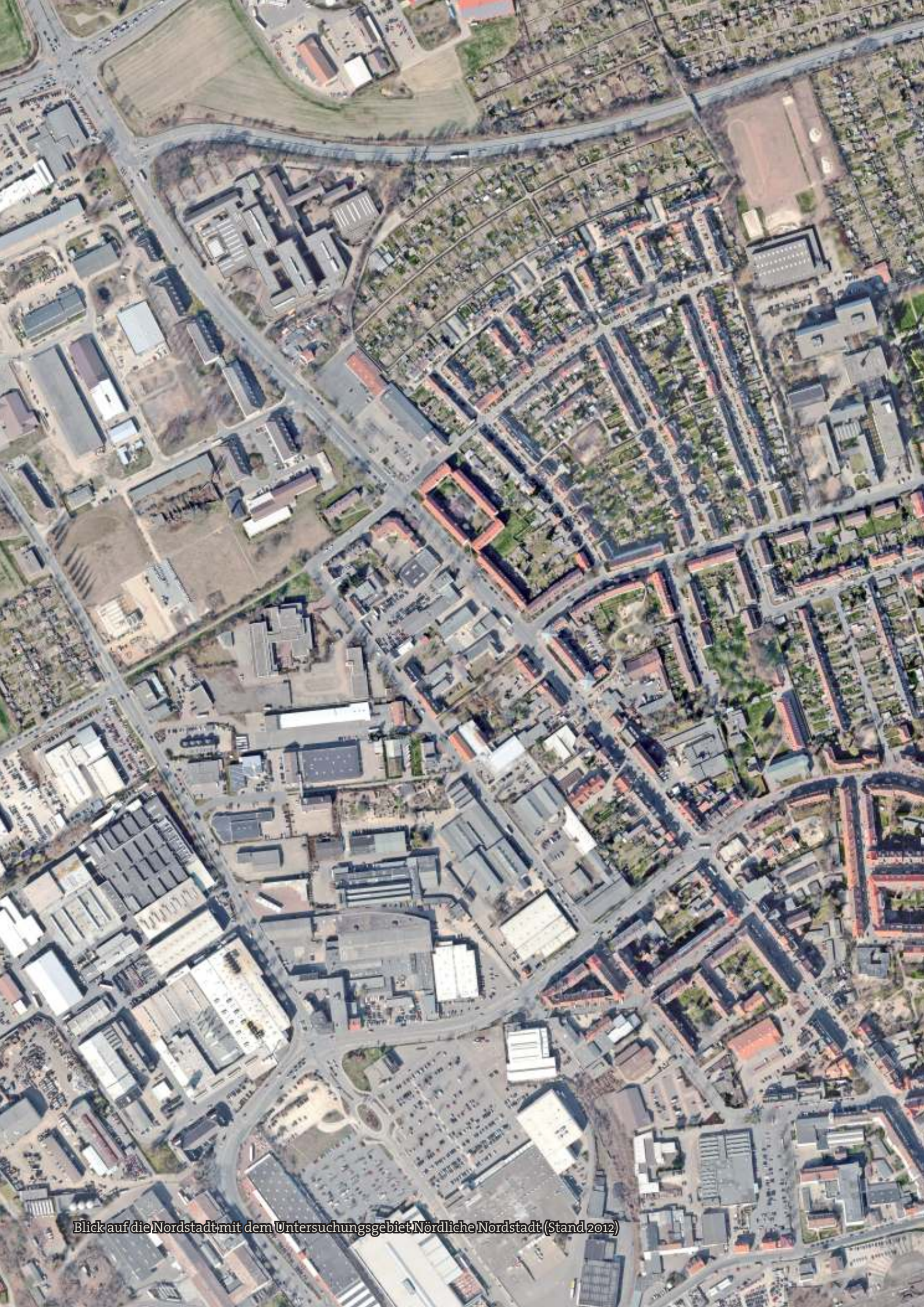


Tag der Niedersachsen 2015 in Hildesheim

Die wirtschaftliche Struktur des Standortes Hildesheims ist überwiegend mittelständisch geprägt. Von ca. 43.400 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind 25% im produzierenden Gewerbe und 52% im Dienstleistungssektor tätig. Die seit Mitte der 1990er Jahre sinkende Arbeitslosenquote liegt bei 13,5%.

In Hildesheim gibt es rund 10.000 Studenten, die an der Stiftungsuniversität, der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim/Holzminde/Göttingen und der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege ausgebildet werden.

Mit zwei Anschlussstellen der A7 ist Hildesheim direkt an die Nord-Süd-Achse Hamburg-München angebunden und mit dem ICE der Deutschen Bahn auf der Strecke Basel-Berlin im 1-Stundentakt gut erreichbar. In 15 Autominuten gelangt man von Hildesheim auf das Messegelände in Hannover, die Nähe zu den jährlichen Messen wie der Hannovermesse und der CeBIT stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Die Landeshauptstadt Hannover ist über die S-Bahn in 30 Minuten erreichbar.



Blick auf die Nordstadt mit dem Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt (Stand 2012)



2 LAGE UND FUNKTION DES UNTERSUCHUNGSGEBIETS

Räumliche Einordnung und Charakter der Nordstadt

Der ca. 880 ha große statistische Bezirk Nord mit Steuerwald (vgl. Abb. Übersicht statistische Bezirke Hildesheim) liegt am nördlichen Stadtrand der Stadt Hildesheim und hat 10.231 Einwohner (Stand 2015). Sie erstreckt sich im Norden bis zu den Gemeinden Harsum und Giesen, im Süden bildet im Wesentlichen die in Ost-West-Richtung verlaufende Bahntrasse die Grenze. Im östlichen Bereich schließt die Nordstadt an den Stadtteil Drispensstedt an. Hier wird sie vom Kennedydamm, der B6 und dem Hottelner Weg begrenzt. Der nördlich daran anschließende Flugplatz liegt ebenfalls in der Nordstadt. Im Westen wird der statistische Bezirk Nordstadt mit Steuerwald – angrenzend an den Stadtteil Himmelsthür – im Wesentlichen von der Innersten begrenzt.

Die Steuerwalder Straße bildet in der Nordstadt die Hauptverbindungsachse in Nord-Süd-Richtung. Im Norden geht sie über in die B6 und schließt an die Ost-West-Verbindungen Lerchenkamp und Mastbergstraße an. Im Süden schließt sie an die Hannoversche Straße an, die weiter in die Innenstadt führt. Die verkehrliche Anbindung ist durch die schnelle Erreichbarkeit der B6 gut. Die B6 schließt in südlicher Richtung an die B1 und die A7 in Richtung Hannover-Göttingen an. Im Norden führt die B6 nach Sarstedt und Laatzen.

Die Nordstadt wird von unterschiedlichen Flächennutzungen geprägt: Nördlich des Bahnhofs befinden sich östlich und westlich der Steuerwalder Straße Siedlungsflächen. Die B6 verläuft im südlichen Teil bogenförmig als markante Verkehrsfläche durch das Gebiet. Südlich der B6 und nördlich der Siedlungsflächen schließt der großflächige Nordfriedhof an. Von Süd-Westen entlang des Römerrings, der Münchewiese und der Hafestraße erstrecken sich die Gewerbegebiete Mitte, Münchewiese und Hildesheimer Hafen. Dieser Bereich wird nördlich der Straße Lerchenkamp um das Gewerbegebiet Nord-Lerchenkamp mit dem Flugplatz ergänzt. Nördlich des Flugplatzes befinden sich im Wesentlichen landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Historische Entwicklung Nordstadt

Die Entwicklung der Nordstadt beginnt mit der Industrialisierung in Hildesheim in den Jahren nach 1885 und dem damit verbundenen kontinuierlichen Einwohnerzuwachs. Diese waren der Auslöser für die Siedlungstätigkeit in der Nordstadt. Mit der Ansiedlung von verschiedenen Industrien erfuhr die Nordstadt eine gewerbliche Prägung und wurde zu einem der größten Industriegebiete Hildesheims.

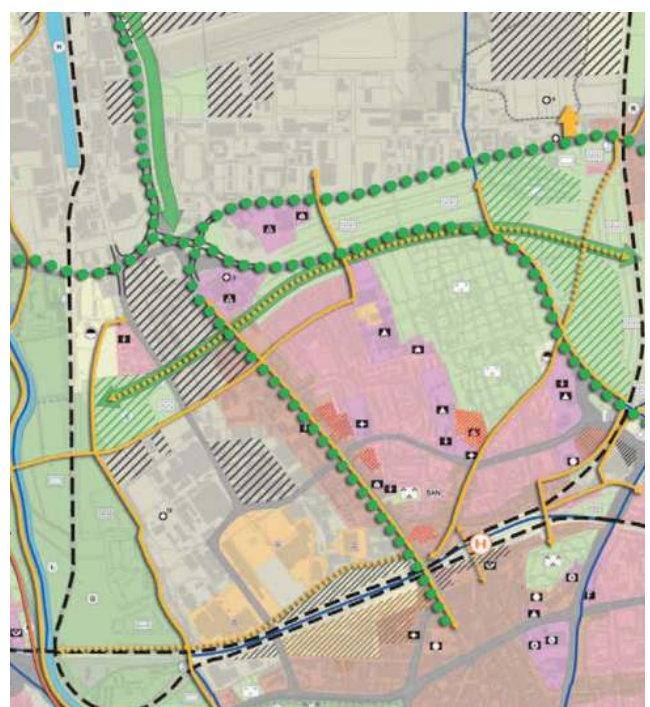
Zwischen den Kriegen erfuhr das Industriegebiet hauptsächlich mit der Expansion des Senkingwerkes eine beachtliche Ausdehnung. Die Wohnbebauung wurde bis zur Martin-Luther-Straße und nördlich der Steuerwalder Straße mit mehr-



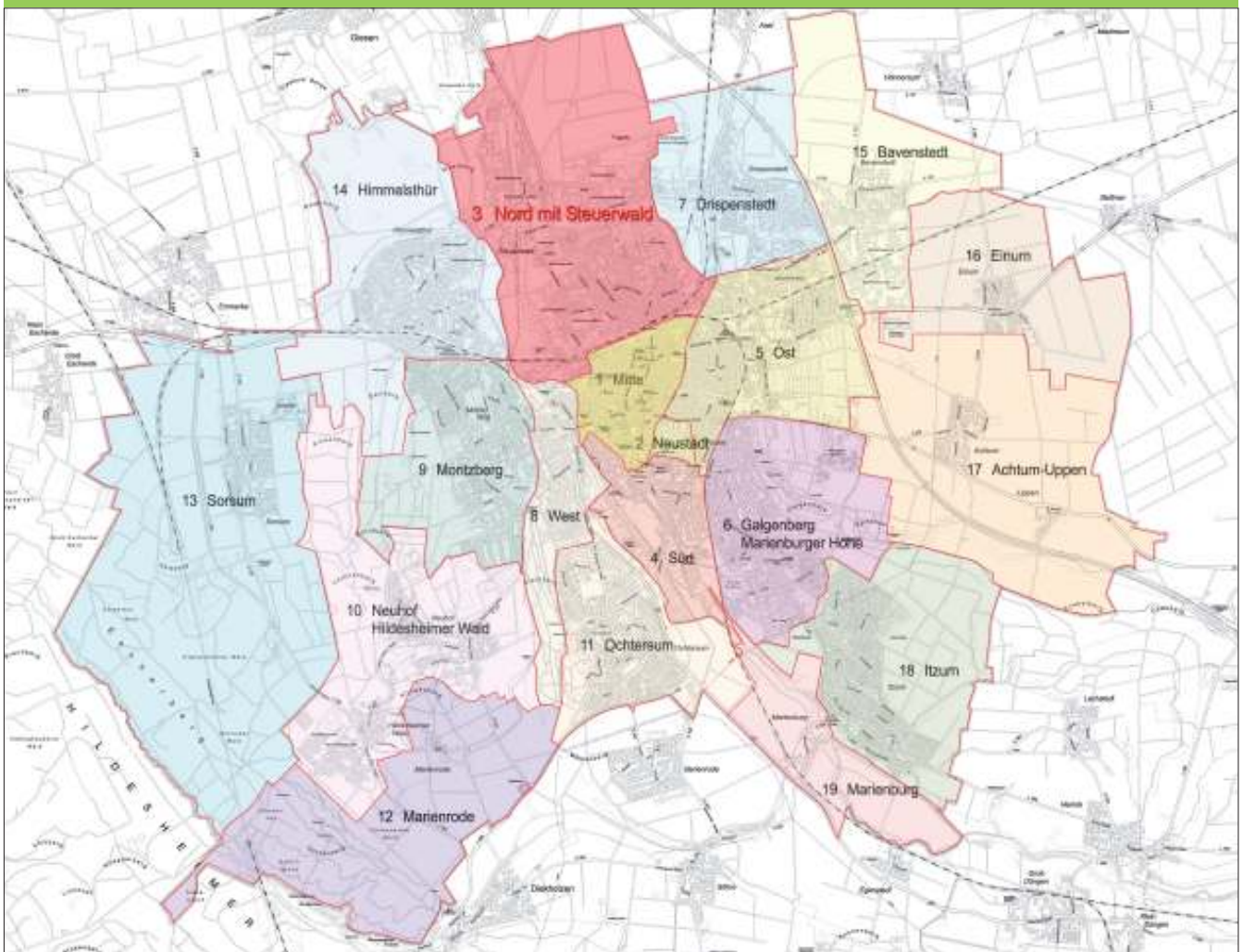
Zentraler Platz in der Hasestraße, Ecke Hochkamp

geschossigen Wohnblöcken und -zeilen ergänzt. Dahinter entstanden in den 1920er und 1930er Jahren das „Nordviertel“ dessen Reihenhausbauung bis heute den nördlichen Teil der Nordstadt prägt.

Nach 1945 erstreckte sich die Wohnbautätigkeit überwiegend auf den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebäude im Miet- und Geschosswohnungsbau. Der strukturelle Wandel der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes führten allerdings auch zu grundlegenden Veränderungen, die ehemals industriell genutzte Flächen für neue Nutzungen öffneten. Weitere Veränderungen wurden in der Verkehrserschließung vorgenommen. Die Straßenbahn von Hannover nach



Entwicklungsziele aus dem ISEK 2020



Übersicht statistische Bezirke Hildesheim (statistischer Bezirk Nord mit Steuerwald rot markiert)

Hildesheim wurde aufgegeben. Die Schienen wurden aus der Steuerwalder Straße herausgenommen und ein vier-spuriger Ausbau vollzogen. Die Entlastung des Stadtteils begann mit dem Bau der B6 als östliche Umgehungsstraße. Auf den westlich angrenzenden Industriegebietsflächen hat sich bis heute der Abbau von gewerblichen Arbeitsplätzen mit weiterer Aufgabe von Industriebetrieben verstärkt. Die Nachfolgenutzungen liegen im Dienstleistungsbereich. Baumärkte und Verbrauchermärkte sind entstanden und prägen das vielfältige Einzelhandelsangebot. Im heutigen Siedlungsbereich selbst sind immer noch vereinzelt kleingewerbliche

Betriebe erhalten geblieben, gleichwohl überwiegen heute andere Nutzungen. Die flächenintensiven Betriebe sind aufgegeben worden. Im Zuge der von 1986 bis 2008 durchgeführten Sanierung wurden sie durch Wohnbebauung, durch Grünflächen und Dienstleistungsangebote ersetzt. Kennzeichnend für den Stadtteil ist eine Mischung aus Wohn- und Gewerbenutzungen. Der südliche Teil der Siedlungsfläche zeichnet sich durch die typische Blockrandstruktur und durch eine weitestgehende gründerzeitliche Bebauung aus. Nördlich anschließend löst sich die Bebauung bis zu einer verdichteten Einfamilienhausbebauung auf.



Innenhöfe in den 1960er Jahren



Martin-Luther-Straße, Ecke Steuerwalder Straße 1981

2.1 DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET NÖRDLICHE NORDSTADT

Das Untersuchungsgebiet „Nördliche Nordstadt“ umfasst ca. 27 ha und zählt insgesamt 2.416 Einwohner (Stand 2014). Nordwestlich des Hauptbahnhofs erstreckt sich das Gebiet beginnend an der Senkingstraße über die Steuerwalder Straße. Mit eingeschlossen sind die westlichen Bereiche der Rudolf-Diesel-Straße, des Bischofskamps und der Hermannstraße. Weiter erstreckt sich das Gebiet entlang der Martin-Luther-Straße bis zur Peiner Straße und schließt die nördlichen Straßenzüge der Richthofenstraße, Bugenhagenstraße und der Justus-Jonas-Straße mit ein.

Aufgrund der Lage nördlich der Bahntrasse ist die Nordstadt einer der weniger mit der Kernstadt verflochtenen Stadtteile Hildesheims. Die Vorteile der relativ günstigen Lage zur Innenstadt (1,2 km bis zum Marktplatz) und die Nähe zum Hauptbahnhof werden durch die trennende Wirkung der Bahnanlagen teilweise wieder aufgehoben. Da die Hauptverkehrsstraßen im Stadtteil den weiterführenden Verkehr ins Umland bzw. in andere Stadtteile aufnehmen, wird der Stadtteil vom Durchgangsverkehr stark beansprucht. Die Nähe zur Innenstadt und die Verkehrssituation prägen somit auch Wohnqualität des Stadtteils.

Die Nutzungen im Untersuchungsgebiet sind überwiegend durch die Wohnfunktion geprägt. Neben dieser hauptsächlichen Flächennutzung lassen sich öffentliche Einrichtungen

wie Schulen, Kindergärten oder Kirchen finden. Dazu gehören die Ganztagsgrundschule Nord mit dem Hort Nordwind und dem Familienzentrum Maluki, die Robert-Bosch-Gesamtschule sowie die Martin-Luther-Kirche und die Kirche St. Johannes. Im Bereich des Einzelhandels befinden sich im Untersuchungsgebiet neben einem „Lidl-“ und „Tedi-Markt“ im Bischofskamp zahlreiche kleinere Läden/Kioske. Private Dienstleistungen befinden sich hauptsächlich entlang der Steuerwalder Straße. Gleichzeitig ist vor allem in den Bereichen der Steuerwalder Straße ein hoher Leerstand in den Erdgeschossbereichen zu beobachten, der den gesamten Eindruck des nördlichen Teils der Straße innerhalb des Plangebiets bestimmt.

Eine Besonderheit stellt das sich in der Senkingstraße befindende Flüchtlingsheim dar. Hier sind Asylsuchende in einer Sammelunterkunft untergebracht. Aufgrund der aktuellen Zuspitzung der Flüchtlingssituation in Deutschland wurde dieser Bereich bewusst in das Untersuchungsgebiet für die Vorbereitende Untersuchung aufgenommen. Die Stadt Hildesheim und die Menschen vor Ort erhoffen sich über das Programm „Soziale Stadt“ eine noch bessere Integration und Inklusion der Flüchtlinge – auch über die Aufwertung der städtebaulich stark beeinträchtigten Situation im Umfeld des Flüchtlingsheims – zu erzielen.



Typische Blockrandbebauung in der Steuerwalder Straße

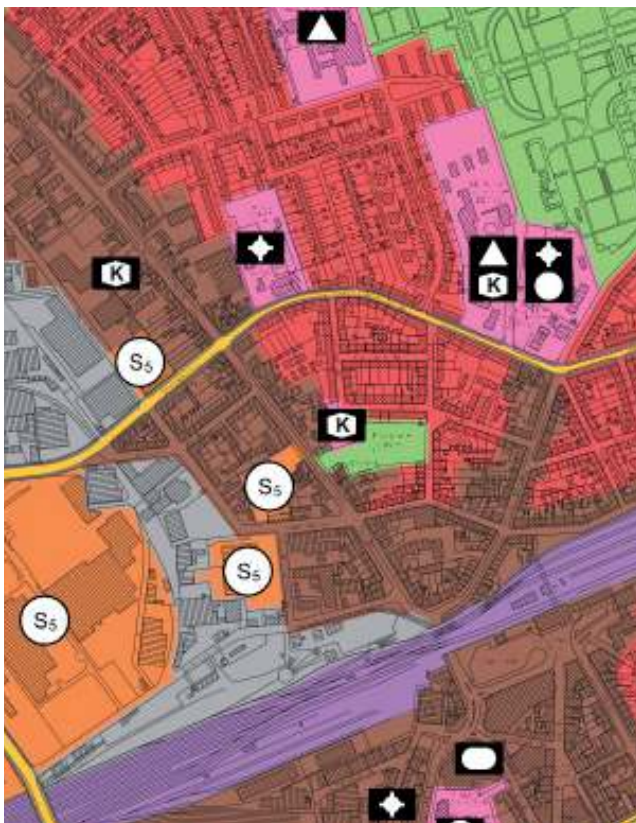


Untersuchungsraum der Nördlichen Nordstadt

Planungsrechtliche Rahmenbedingungen

Der Siedlungsbereich der Nordstadt wird im wirksamen Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt. An die gewerblich genutzten Flächen im Westen der Nordstadt grenzen Flächenbereiche für eine gemischte Bebauung an. Diese beginnen östlich der Hermannstraße, des Bischofskamps, der Rudolf-Diesel-Straße und der Sekingstraße und ziehen sich die gesamte Steuerwalder Straße entlang.

In den nördlichen und nordöstlichen Bereich der Nordstadt sind Wohnflächen großräumig dargestellt. Diese werden lediglich von einzelnen Flächen für den Gemeindebedarf, darunter Schulen (Grundschule Nord und Robert-Bosch-Gesamtschule) Kindergärten und Kirchen (Kirche St. Johannes und Martin-Luther-Kirche), unterbrochen. Eine Besonderheit stellt die Sonderbaufläche des Technologiezentrums im Norden des Untersuchungsgebietes dar.



Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan

Im gesamten Gebiet der Nordstadt sind Sonderbauflächen dargestellt, die eine Bebauung für Einkaufszentren oder großflächigen Einzelhandel vorsehen.

Besondere Entwicklungen im Quartier

Seit 2012 existiert in der Nordstadt die Gemeinwesenarbeit „Nordstadt.Mehr.Wert“. Ziel von „Nordstadt.Mehr.Wert“ ist es, über eine gezielte Stadtteilarbeit die Potenziale der Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren und einen stärkeren sozialen und kulturellen Zusammenhalt im Stadtteil zu schaffen. „Nordstadt.Mehr.Wert“ wird in Trägerschaft der Lebenshilfe Hildesheim e.V. durch Herrn Frank Auracher umgesetzt und von den Kooperationspartnern Stadt Hildesheim, Land Niedersachsen, Aktion Mensch und die Johannishofstiftung unterstützt.





Wochenmarkteröffnung im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)

Vor der Implementierung dieses zeitlich befristeten Projektes hatten die Bewohnerinnen und Bewohner wenig Bewusstsein für eine gemeinsame Wertvorstellung. Inzwischen konnten vielfältige nicht investive Projekte und Maßnahmen angeschoben werden. Hierzu gehören u. a.: Die Einrichtung eines Runden Tisches, Maßnahmen des Selbststärkungsprozess sowie Vermittlung von Toleranz, Integration und Inklusion (vgl. Kap. 4.3).

Die Situation an der Ganztagsgrundschule Nord und in den Nordstädter Kindertagesstätten, insbesondere mit Blick auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Flüchtlingskindern aus dem nahegelegenen Wohnheim ist nur ein zentrales Aufgabenfeld, in dem verstärkte Unterstützung erforderlich ist. Die interreligiöse und interkulturelle Begegnung müsste weiter massiv gefördert werden.



Jugend.Zukunft.Jetzt im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)



Inklusives Mitmach-Projekt Nordwind Mosaik-Säule im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)

Der bisherige Verlauf und die Erfolge zeigen, dass die Nordstadt eine langfristige „Begleitung“ durch eine gezielte Gemeinwesenarbeit benötigt. Um Negativeentwicklungen zu stoppen und die vorhandenen Potenziale für die Weiterentwicklung des Quartiers zu aktivieren, sind neben den nicht investiven Projekten auch investive Maßnahmen erforderlich. Über das Programm „Soziale Stadt“ kann die Einleitung städtebaulicher Maßnahmen grundlegend zur Behebung sozialer Missstände beitragen. Beide Bausteine werden optimal verknüpft und tragen zu einer positiven Gesamtentwicklung maßgeblich bei. Die Programm Anmeldung 2016 „Soziale Stadt“ ist deshalb zwingend erforderlich, um für die im Jahr 2016 auslaufende nicht investive Maßnahme Gemeinwesenarbeit „Nordstadt.Mehr.Wert“, sowie um für weitere Partnerprogramme Fördermittel zu akquirieren. Ein ganzheitlicher und sozial-integrierter Handlungsansatz bietet größere Chancen, über eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und sozialraumorientierte Bündelung von Programmen aus anderen Politikbereichen, noch mehr Synergieeffekte zu erzielen.



Jugend.Zukunft.Jetzt im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)



Jugend.Zukunft.Jetzt im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)

3 DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE ENTWICKLUNGEN

Für die demografischen und sozialen Entwicklungen im Untersuchungsgebiet werden vergleichend die Gesamtstadt, sowie die Hildesheimer Stadtteile Himmelsthür, Ochtersum und Drispensstedt herangezogen. Die Vergleichsstadtteile sind von unterschiedlichen Strukturen geprägt. Alle dienen überwiegend dem Wohnen, weisen jedoch auch teils Mischgebiets- und Gewerbeanteile auf. In Ochtersum überwiegen Ein- und Zweifamilienhäuser, in Himmelsthür Ein-, Zwei- und Mehrfamilienfamilienhäuser und in Drispensstedt mehrgeschossige Wohnblöcke. Entsprechend der Bau- und Wohnstruktur verhält sich die Sozial- und Bevölkerungsstruktur in den genannten Stadtteilen.

Die untersuchten statistischen Daten wurden vom Fachbereich Statistik und Wahlen der Stadt Hildesheim zur Verfügung gestellt und wurden für die Belange der Vorbereitenden Untersuchung sekundäranalytisch aufbereitet und neu berechnet. Die dabei untersuchten Zahlen beziehen sich auf die Straßen Bischofskamp, Steuerwalder Straße, Cheruskerring (alle nur Teilabschnitte) sowie die Hermannstraße, Bughagenstraße Justus-Jonas-Straße, Richthofenstraße, Rudolf-Diesel-Straße, Martin-Luther-Straße und Senkingstraße (alle komplett).

3.1 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Die Gesamtstadt Hildesheim zählte nach dem Zweiten Weltkrieg ca. 60.000 Einwohner und wuchs in der Nachkriegszeit schnell. 1975 wurde mit insgesamt ca. 115.000 Einwohnern die bisher höchste Einwohnerzahl der Stadt erreicht. Der ab diesem Zeitpunkt eingesetzte rückläufige Trend konnte nach dem Mauerfall in den 1990er Jahren gestoppt werden und die Einwohnerzahl stieg wieder. Heute (Stand 2014) besitzt Hildesheim ca. 103.000 Einwohner und seit nunmehr acht Jahren bleibt der Trend weitestgehend stabil. Bei den Entwicklungen in der gesamten Nordstadt können ähnliche Tendenzen erkannt werden. Der historische Vergleich zeigt, dass die höchste Einwohnerzahl in den Nachkriegsjahren während des deutschen Wirtschaftswunders erreicht wurde. Hier stieg die Anzahl der Einwohner von ca. 13.000 (1947) auf insgesamt ca. 18.000 (1964) an. Anders als in der Gesamtstadt sinkt die Einwohnerzahl seit dem kontinuierlich und erreichte 2010 mit 9.748 Einwohnern ihren bisher tiefsten Punkt. Heute (Stand 2014) zählt die Nordstadt ca. 10.200 Einwohner und der Trend zeigt leichte Tendenzen der Bevölkerungszunahme, nahe der Stagnation, an. Konkret in dem Untersuchungsgebiet leben ca. 2.400 Personen.

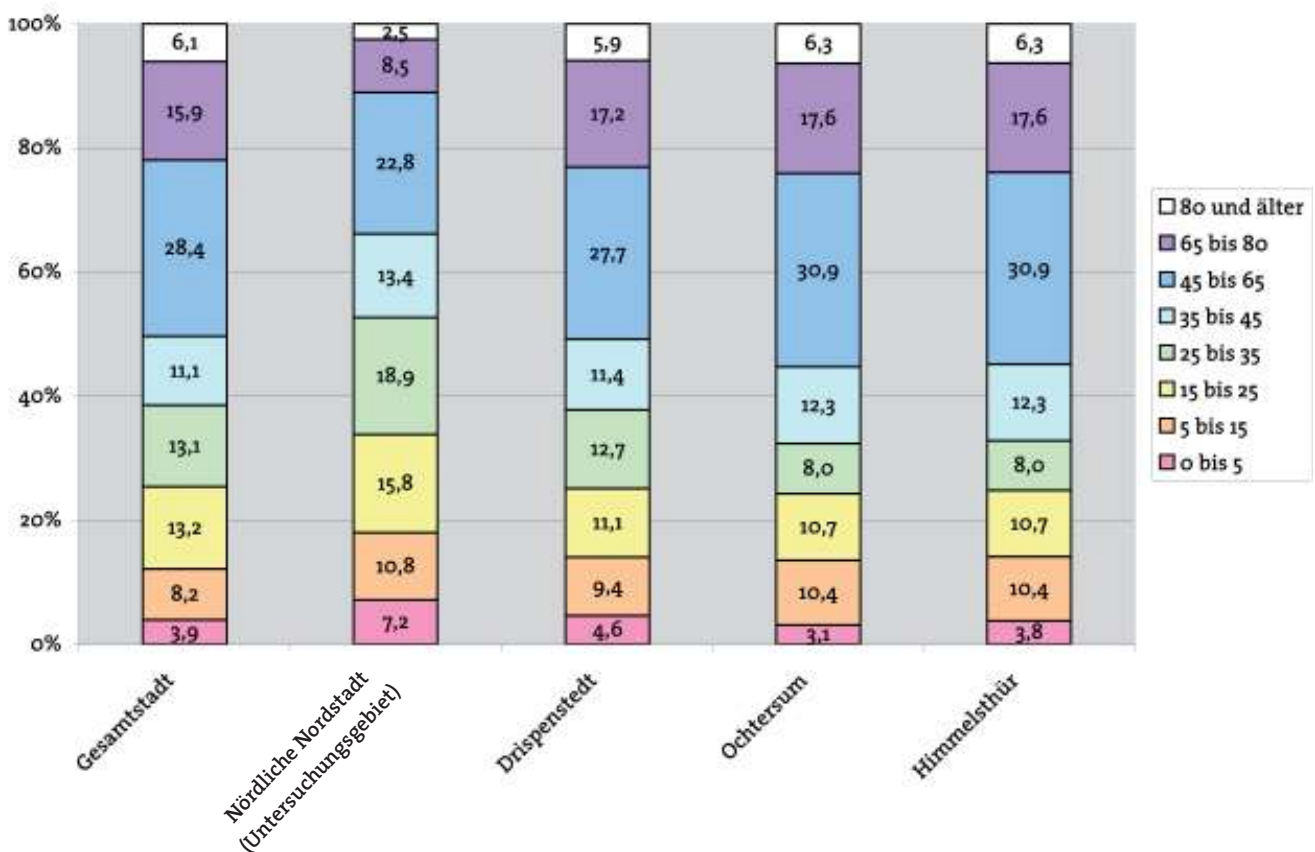
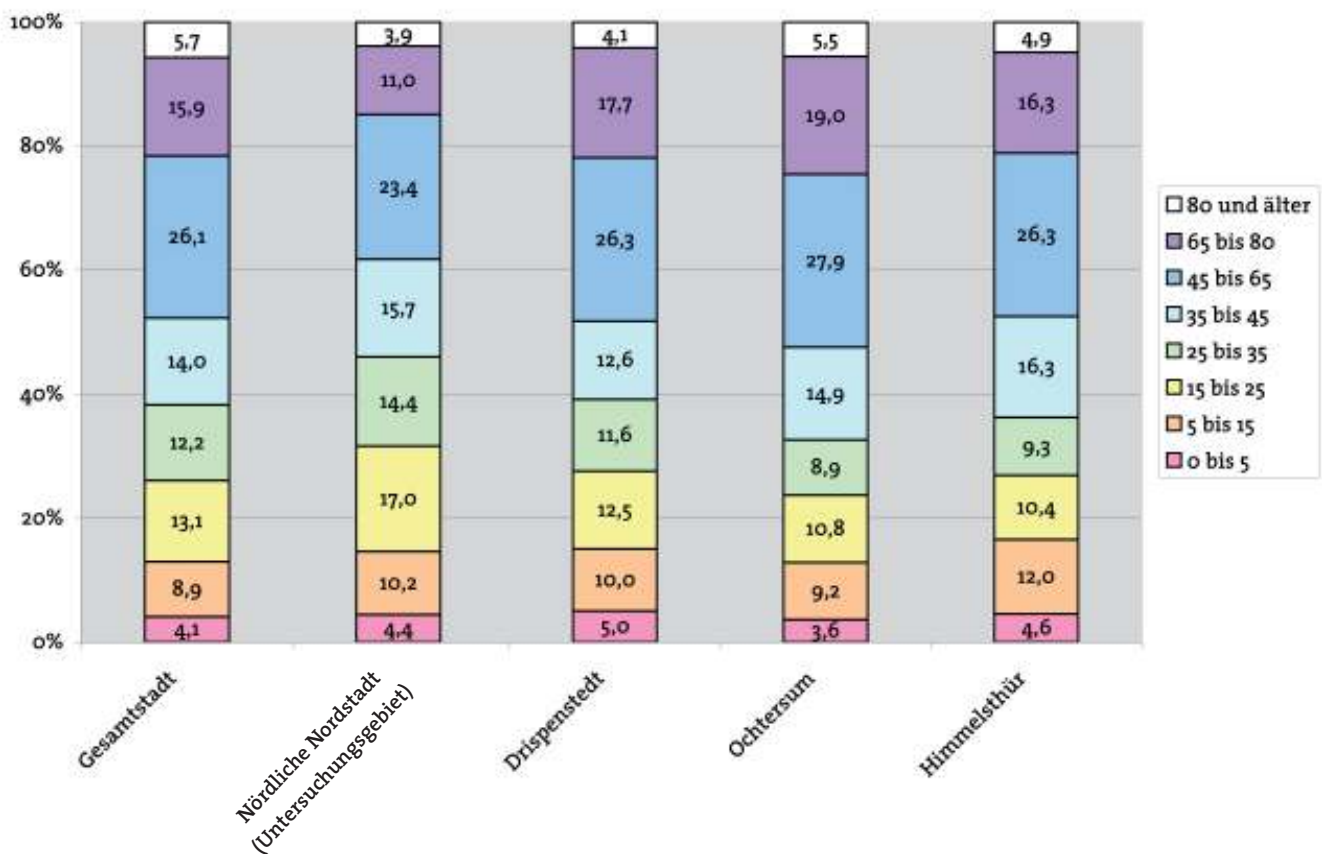
3.2 ALTERSSTRUKTUR

Anders als bei den Entwicklungen der Gesamtbevölkerung und der Zahl der Einwohner im Untersuchungsgebiet weichen die Entwicklungen bei den darin enthaltenden Altersstrukturen deutlich voneinander ab. Das Durchschnittsalter in der Gesamtstadt liegt bei 44 Jahren. Bei den unterschiedlichen Altersgruppen wird zwischen den jungen (0-25 Jahre), älteren (25-65 Jahre) und alten Menschen (über 65 Jahre) unterschieden. Die Anzahl der jungen Menschen hat von 2008 bis 2014 in der Gesamtstadt um 0,7% abgenommen und ist von 26,1% auf 25,4% gesunken. Die Gruppe der älteren Menschen ist minimal von 52,3% auf 52,6% gestiegen (leichter Zuwachs von 0,3%). Gleiches gilt für die dritte Altersgruppe, die über 65jährigen. Diese Gruppe nahm in der Gesamtstadt um 0,4% zu und wuchs von 21,6% auf 22% an.

Vergleicht man die gesamtstädtische Situation mit der Nördlichen Nordstadt werden einige Unterschiede deutlich: Das Durchschnittsalter von 35 Jahren deutet auf eine erheblich jüngere Bevölkerung hin. Weiter zeigt sich, dass die Zahl der jüngeren Bevölkerung unter 25 Jahren insgesamt ansteigt. Zwischen 2008 und 2014 hat diese Altersgruppe von 31,6% auf 33,8% zugenommen. Der Trend bei den 25-65-jährigen verhält sich dabei ähnlich: Die größte Bevölkerungsschicht in der Nördlichen Nordstadt nahm insgesamt um 1,7% zu und wuchs von 53,5% auf 55,1% an. Diese Gruppe der „alten Menschen“ nahm um 3,8% ab und verringerte sich von 14,9% auf 11,1%. Die Nördliche Nordstadt kann somit im Vergleich zur Gesamtstadt als ein junger Stadtteil beschrieben werden, der eine breite und stabile mittlere und zugleich kleiner werdende „älteren Altersgruppe“ vorweist.

Im Vergleich zu weiteren Stadtteilen wird diese Besonderheit noch deutlicher: Während die Nördliche Nordstadt Zuwächse im Bereich der jüngeren Altersgruppen zu verzeichnen hat, zeigen die Entwicklungen in Himmelsthür eine fallende Tendenz bei den Altersgruppen unter 65 Jahren. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Altersgruppen über 65 Jahren merklich steigend sind. Auch das Durchschnittsalter von 46 Jahren zeigt eine deutlich ältere Altersstruktur.

Selbst bei einem Vergleich mit dem Stadtteil Drispensstedt sind andere Tendenzen als in der Nordstadt zu verzeichnen. Obwohl der Stadtteil von der sozialen Struktur verglichen werden kann, fallen hier die Bevölkerungszahlen der unter 25-jährigen um 2,5% von 27,6% auf 25,1% ab. Dagegen wächst die Gruppe der 25-65-jährigen um 1,2% und nahm von 50,5% auf 51,8% zu. Die gleichen Zuwächse können auch, anders als in der Nördlichen Nordstadt, in der letzten Altersgruppe beobachtet werden. Der Zuwachs um 1,2% lässt den Stadtteil insgesamt vergleichsweise älter werden.



Altersstruktur 2008 (oben) und 2014 (unten) im Vergleich

3.3 MIGRATION

Bei der Definition von Personen mit nicht-deutschen Hintergründen wird zwischen Personen unterschieden, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber dennoch in Deutschland leben und Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und auch in Deutschland leben, aber einen Migrationshintergrund besitzen. Die letztgenannten

können ausländische Wurzeln besitzen, eingebürgert oder Deutsch-Aussiedler sein. Der Anteil von Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen liegt im gesamten Stadtgebiet von Hildesheim bei 9,4%. Dieser Wert ist zwischen 2008 und 2014 um 1,4% leicht gestiegen. Bei Personen mit Migrationshintergrund sind die Zahlen deutlich höher. Hier konnte Hildesheim zwischen 2008 und 2014 einen Zuwachs um 3%, von 24% auf 27%, verzeichnen.

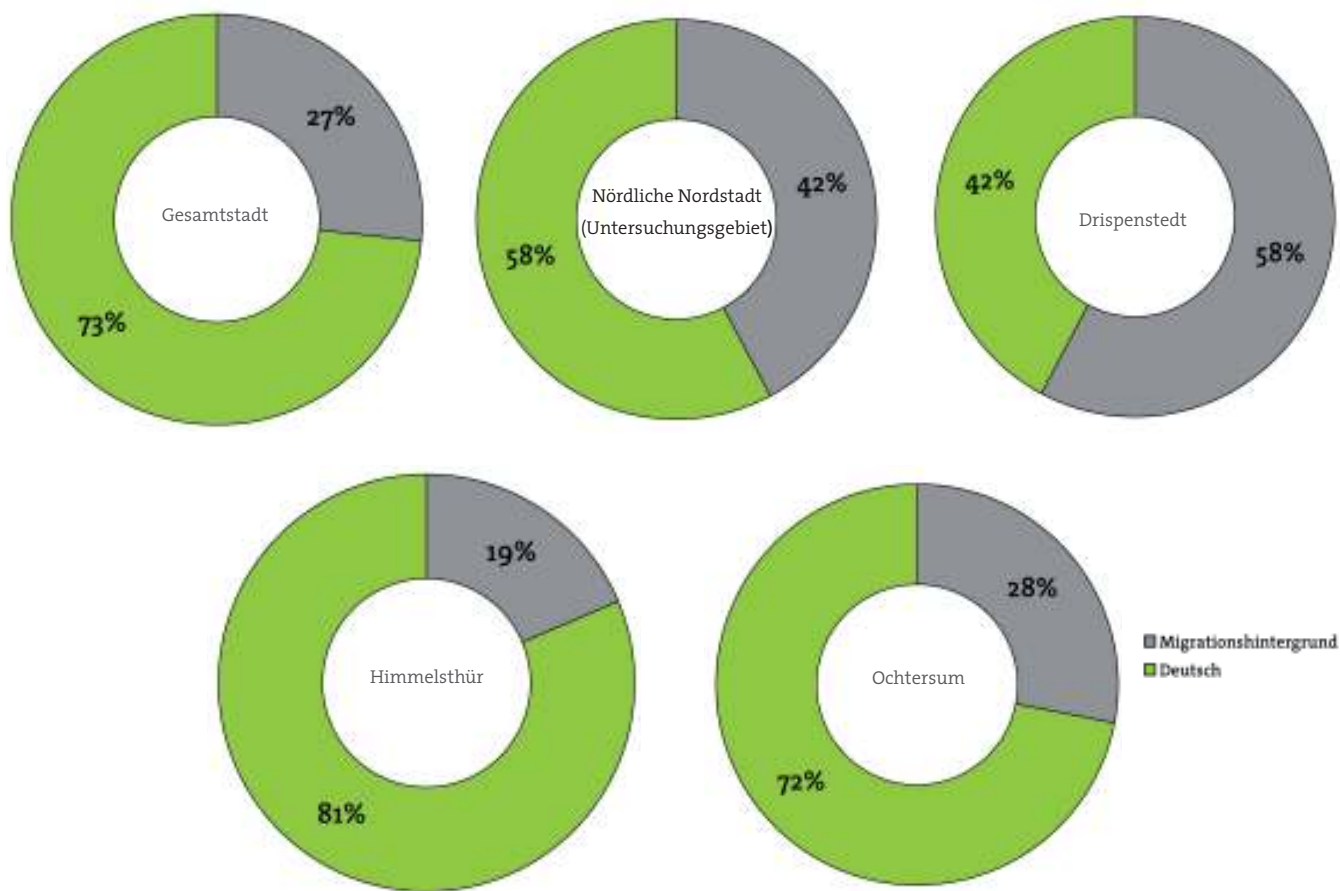
In dem Untersuchungsgebiet der Nördlichen Nordstadt werden diese Werte übertroffen. Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit nehmen hier 25,3% ein. Sie haben in dem angegebenen Zeitraum um 3,5% zugenommen. Somit leben, gemessen an der Einwohnerzahl, mehr als doppelt so viele Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Nördlichen Nordstadt als in der Gesamtstadt. Bei Personen mit Migrationshintergrund werden diese Zahlen noch deutlicher: Der Anteil der Bevölkerung liegt bei 42% und erreicht nahezu die Hälfte der Einwohner.

In den Vergleichsstädteilen Ochtersum und Himmelsthür werden geringere Werte erreicht. So liegt der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in beiden Stadtteilen bei 4,7% und ist über die letzten Jahren weitestgehend stabil geblieben. Die Personen mit Migrationshintergrund nehmen zwar in Ochtersum insgesamt 28% ein und liegen damit knapp über dem gesamtstädtischen Durchschnitt, allerdings weiterhin weit unter dem Anteil in dem Untersuchungsgebiet der Nördlichen Nordstadt. In dem Stadtteil Himmelsthür dagegen wird ein anderes Bild deutlich. Hier liegt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund bei lediglich 19% und damit weit unter dem Wert der Nördlichen Nordstadt, aber auch weit unter dem städtischen Gesamtdurchschnitt. Drispfenstedt erreicht bei den Zahlen von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei stei-

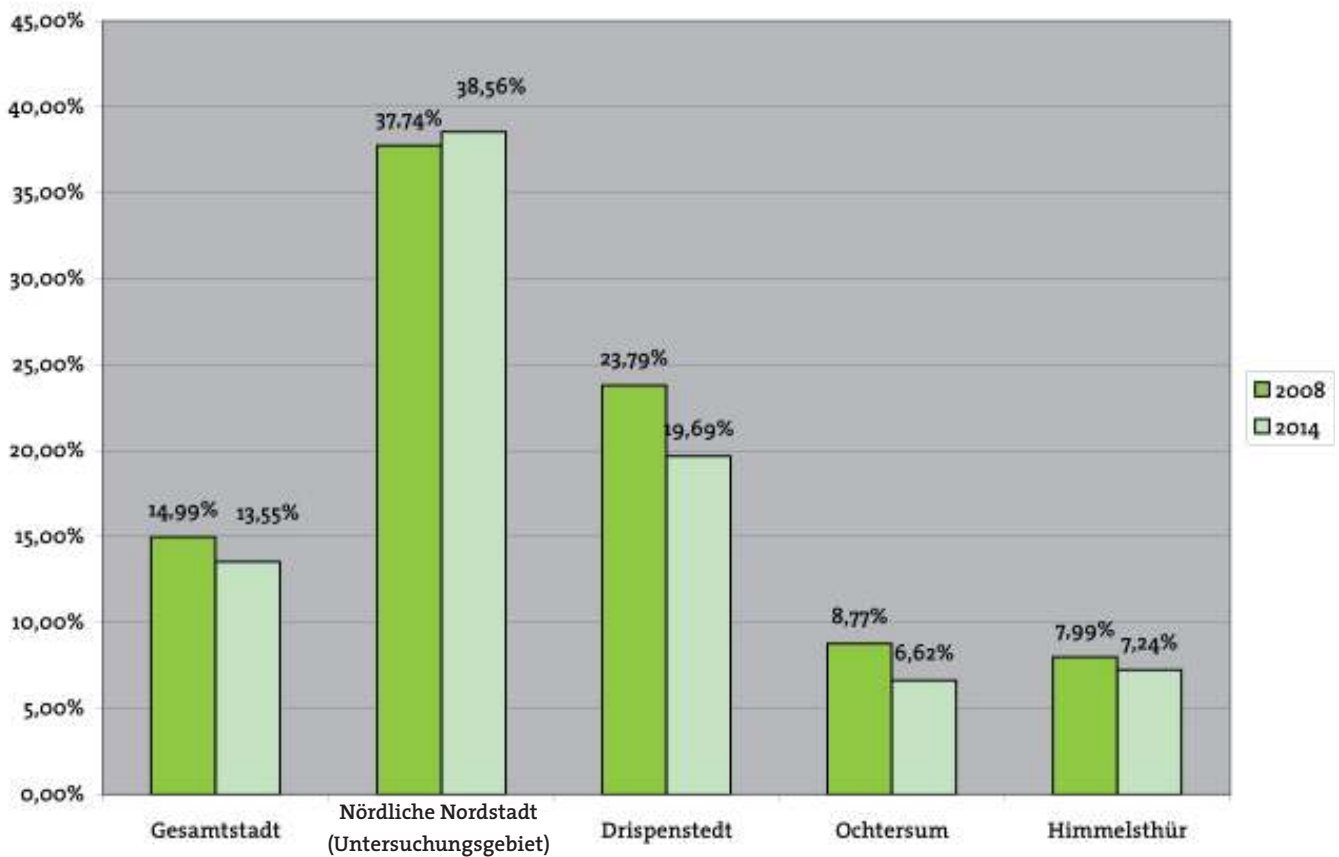
gender Tendenz nur 16% und liegt damit unter dem Schnitt der Nördlichen Nordstadt. Lediglich die Zahlen der Personen mit Migrationshintergrund übertreffen mit 58% sowohl die Gesamtstadt als auch die Nördliche Nordstadt.

3.4 ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2008 im gesamten Stadtgebiet von Hildesheim bei 15%, nahm dann bis 2014 um 1,5% ab und steht nun bei 13,5%. Anders als in der Gesamtstadt und in allen Vergleichsstädteilen, stieg die Arbeitslosenquote in der Nördlichen Nordstadt von 37,7 auf 38,5% sogar an. Sowohl in Ochtersum (-2,1%), Himmelsthür (-0,7%) und selbst in Drispfenstedt (-4,1%) können für den gleichen Zeitraum nur zurück gehende Werte beobachtet werden. Mit insgesamt 38,5% hat die Nördliche Nordstadt auch bei der Anzahl von Arbeitslosen die höchste Quote zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote in Drispfenstedt ist mit 19,6% zwar ebenfalls hoch und liegt über dem gesamtstädtischen Durchschnitt, erreicht aber fast nur die Hälfte der Nördlichen Nordstadt. Ochtersum und Himmelsthür dagegen liegen mit Werten unter 10% unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Es wird deutlich, dass die Nördliche Nordstadt in Hildesheim am stärksten von Arbeitslosigkeit und ihren Begleiterscheinungen betroffen ist.



Bevölkerungsanteile Migrationshintergrund/Deutsch 2014



Arbeitslosenquote 2008/2014 im Vergleich

Um einen Blick auf die Armutsverhältnisse zu werfen, hilft es, die Armutsdefinition des Rats der Europäischen Union anzuwenden. Demnach gelten Personen, Familien oder Gruppen als arm, wenn sie über so geringe materielle, kulturelle oder sozialen Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem jeweiligen Mitgliedsstaat als Minimum annehmbar ist. Diese Definition geht damit stark von Einkommensarmut, kritischen familiären Lebensereignissen, dem Leben in sozialen Brennpunkten in Großstädten sowie von Obdachlosigkeit und der Überschuldung von Personen aus. Diese Einschätzung ist für die Armut in einem deutschen Stadtteil oder Quartier von großer Bedeutung.

Die Armutsgefährdungsquote ist eine von der Europäischen Union aufgestellte Quote, die, aufgrund ihrer einheitlichen Berechnungsweise, Vergleiche zwischen den verschiedenen Europäischen Staaten zulässt. Gleichzeitig kann sie auf der föderalen Ebene in Deutschland angewandt werden. Als armutsgefährdet gilt demnach eine Person, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Diese Einkommensgrenze wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Die Armutsgefährdungsquote lag 2013 in Deutschland bei 15,5%.

Auf der Ebene des Bundeslandes lag das Land Niedersachsen mit 16,1% leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Auffällig hoch war diese Quote bei den jungen Menschen: Sie lag bei den unter 18-jährigen bei 20,2% und bei den 18 bis 25-jährigen bei 25,9%.

Da es keine statistischen Daten zu der Armutsgefährdungsquote in kleinräumigen Einheiten, wie der Nördlichen Nordstadt gibt, werden als Hinweise auf Armut die Indikatoren Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit angewandt. Zwischen 2008 und 2014 nahm die Zahl der Hilfebedürftiger (Sozialhilfeempfänger) im Untersuchungsgebiet der Nördlichen Nordstadt um mehr als 40% zu. Daraus ist zu folgen, dass ein großer Teil der Bevölkerung keiner Beschäftigung nachgeht und am Minimum der üblichen Lebensweisen lebt. Von diesen Entwicklungen sind erfahrungsgemäß Kinder am stärksten betroffen, da sie besondere Zuwendungen, auch finanzieller Art, benötigen. So ist davon auszugehen, dass überdurchschnittlich viele Kinder in dem Untersuchungsgebiet an der Armutschwelle leben. Diese sozialen Missstände werden in der überdurchschnittlich jungen Nördlichen Nordstadt deutlich.

4 BESTANDSSITUATION NÖRDLICHE NORDSTADT

In Kapitel 4 wird die Bestandssituation im Untersuchungsgebiet in den programmrelevanten Handlungsfeldern beschrieben. Auf Basis der Bestandssituation und der Rückkopplung im Workshop (vgl. Kap. 1) werden in Kapitel 5 entsprechende Ziele und Maßnahmen vorgeschlagen. Die entsprechenden Kartendarstellungen sind ergänzend zum Text auf den Seiten 40–43 abgebildet. Die Karten stellen eine Momentaufnahme der Ist-Situation dar und können ggf. im weiteren Verfahren konkretisiert oder angepasst werden.

4.1 WOHNEN

Hintergrund

Ungefähr 50% des Wohnungsbestandes von Hildesheim wurden zwischen 1949 und 1968 erbaut. In diesen fast 30 Jahren lag der Schwerpunkt der Wohnbautätigkeiten der Stadt. In dem letzten vergleichbar erfassten Zeitraum von 1968 bis 1987 betrug die Wohnbautätigkeit lediglich noch 24% und war damit vergleichsweise gering.

Wohnungsangebot

Innerhalb der bestehenden Nutzungsstruktur überwiegt im Untersuchungsgebiet deutlich die Wohnfunktion. Im südlichen Bereich bestehen überwiegend Mehrfamilienhäuser mit maximal fünf Geschossen. Die nordstadt-typische Blockrandbebauung der Gründerzeit lässt sich im Bischofskamp, in der Hermannstraße und der Steuerwalder Straße ablesen.



Versiegelte Flächen im Innenbereich (Steuerwalder Straße)

Charakteristisch für das Wohnumfeld dieses Wohnangebots sind überwiegend versiegelte, meist vom ruhenden Verkehr dominierte Innenhöfe. Generell verfügen diese Altbaubestände über meist großzügige Wohnungen (90–120 qm) und werden gut nachgefragt.

Im mittleren Abschnitt des Untersuchungsgebietes, im Bereich der Martin-Luther-Straße, setzt sich die Blockrandbebauung fort. Hier bestimmt jedoch ein Mix aus unterschiedlichen Entstehungszeiten das Straßenbild. Die Anzahl der Geschosse nimmt auf durchschnittlich drei ab. Die teilweise in 1930er Jahren und vor allem in der Wiederaufbauzeit entstandenen Häuser verfügen in der Regel über kleinere Wohnungen als die Häuser der Jahrhundertwende.



Vergleich zwischen sanierten und nicht-sanierten Gebäuden in der Hermannstraße



Typische Blockrandbebauung der Gründerzeit in der Hermannstraße, Ecke Bischofskamp



Blockrandbebauung aus unterschiedlichen Entstehungszeiten (Martin-Luther-Straße)



Geschosswohnungsbau in der Richthofenstraße



Bungalowähnliche Wohngebäude in der Corvinusstraße

In der Richthofenstraße befinden sich hauptsächlich Mehrfamilienhäuser in Block- und Zeilenbauweise der Nachkriegszeit mit durchschnittlichen Wohnungsgrößen von ca. 60-90 qm. Dieser Gebäudetypus findet sich auch in der Bugenhagenstraße wieder. Hier sind die Wohnungsgrößen vermutlich geringfügig kleiner bis gleich groß. Im Bereich Corvinusstraße befinden sich zweigeschossige, bungalowähnliche Wohngebäude. Außerhalb des Untersuchungsgebiets verändert sich das Wohnangebot stark: Im weiteren Verlauf der Lilienthalstraße und in der Melanchthonstraße bestehen kleinteilige Reihen- und Einfamilienhausstrukturen.

Insgesamt wird durch die hohe Mischung an unterschiedlichen Bau- und Wohnungstypen ein differenziertes Wohnungsangebot innerhalb des Untersuchungsraums deutlich. Aufgrund dieser Mischung und der heterogenen Eigentümerstrukturen mit geringer Präsenz vor Ort ist eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit häufig nur erschwert möglich.

Leerstand

Im Rahmen der Bestandserhebung wurden vereinzelte Leerstände festgestellt. Wohnungsleerstände konnten in der Hermannstraße, Ecke Cheruskerring verortet werden. Auch in Erdgeschosszonen, die für gewerbliche Nutzungen vorgesehen sind, bestehen vereinzelte Leerstände. Auffällig hoch wurden Leerstände im nördlichen Bereich der Steuerwalder Straße sowohl in den Erdgeschosszonen als auch in den darüberliegenden Wohneinheiten festgestellt. Ebenfalls deutlich erkennbare Wohnungs- und Hausleerstände konnten in Teilen der Richthofenstraße ausgemacht werden. Im westlichen Bereich stehen neben einzelnen Wohnungen in den bestehenden Mehrfamilienhäusern auch Gewerbezeilen für Gastronomie oder Dienstleistungen leer. Leerstand von ausschließlich gewerblich genutzten Gebäuden konnte in der Senkingstraße beobachtet werden. Insgesamt liegen keine Zahlen zum realen Leerstand in dem Untersuchungsgebiet vor. Die Bestände der Hildesheimer Wohnungsbauunternehmen sind überwiegend in Hildesheim vollvermietet. Kleinräumige Aussagen liegen nicht vor. Insgesamt sind



Leerstand in den Gewerbezeilen und in den darüberliegenden Wohneinheiten in der Steuerwalder Straße



Leerstand von Gewerbeimmobilien in der Senkingstraße

dennoch vereinzelte Leerstände zu beobachten, die häufig mit einem Verfall der Bausubstanz der entsprechenden Gebäude einhergehen.

Baustruktur und Bausubstanz

Der größte Teil der Wohngebäude und Häuser im Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt stammen aus der Gründerzeit. Diese einheitliche Bebauungsstruktur ist im südlichen Bereich des Untersuchungsgebiets, in der Steuerwalder Straße, der Hermannstraße und des Bischofskamp besonders gut erkennbar und setzt sich im gesamten



Städtebauliche Defizite an Gebäuden und im Straßenraum im Bischofskamp

südlichen Teil der Nordstadt fort. In dem Straßenzug der Hermannstraße und der Eckbebauung Bischofskamp sind bereits Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Dies trifft ebenfalls auf den Straßenraum zu. Ähnliches gilt für den Bereich Bischofskamp, Ecke Hermannstraße bis zum Bischofskamp, Ecke Cheruskerring. Ein deutliches Gefälle ist dabei jedoch in den übrigen Straßenzügen Bischofskamp und Senkingstraße zu beobachten. Die Gebäude dort weisen zum Teil hohe bauliche Mängel auf.

Der gesamte Bereich der Senkingstraße und der Rudolf-Diesel-Straße weist hohe städtebauliche Defizite auf, die sich insbesondere im allgemeinen Erscheinungsbild, dem unattraktiven Wohnumfeld mit seinem hohen Versiegelungsgrad und der teils sanierungsbedürftigen Zustände der Straßenräumen und Bausubstanz der Gebäude widerspiegeln. Im weiteren nördlichen Verlauf des Untersuchungsgebiets verändert sich die Baustruktur: Im Bereich Martin-Luther-Straße nehmen die gründerzeitlich geprägten Gebäude ab und werden durch jüngere Blockrandbebauungen im Baustil des öffentlichen Wohnungsbaus ersetzt. Die Bestandsgebäude, die überwiegend in der Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre entstanden sind, befinden sich in einem relativ gutem Zustand und wurden teilweise bereits saniert.



Sanierter Straßenraum und sanierte Gebäudefassaden in der Hermannstraße



Abstandsgrün und Zonierung der Hausvorbereiche weisen Defizite auf



Sanierte Geschossbauten des BWV in der Richthofenstraße



Defizitäre Wohngebäude in der Richthofenstraße

Ein anderes Bild zeigt sich in der Richthofenstraße: Vereinzelt Leerstände, sanierungsbedürftige Gebäude, verfallene Fassaden und unattraktive Zonierungen des Abstandsgrün sowie der Hauseingänge prägen das Wohnumfeld und wirken negativ auf den öffentlichen Raum. Am östlichen Ende der Richthofenstraße, stehen südlich der Buswendeschleife drei beispielhaft vom Beamten-Wohnungs-Vereins zu Hildesheim eG (BWV) sanierte Wohnblöcke (Richthofenstraße 42, 44, 46, 48, 50, 52). Das Erscheinungsbild und die Bausubstanz sind hier durch erhebliche Investitionen verbessert worden. Einen starken Kontrast zu diesen Wohnblöcken bilden die nördlich der Buswendeschleife gelegenen Gebäude. Die über einen Laubengang erschlossenen Häuser, weisen bauliche Mängel auf und verfügen über keine Barrierefreiheit oder ein gepflegtes Wohnumfeld. Im weiteren Verlauf der Bugenhagenstraße tragen vermutlich nachträglich verblendete und im nördlichen Bereich teils stark beschädigte Fassaden sowie monotone Hausvorbereiche zu einem missgestalteten Erscheinungsbild bei.



Städtebauliche Missstände vor den Eingangsbereichen

4.2 WOHNUMFELD UND FREIRÄUME

Wohnumfeld

Aufgrund der differenzierten Baustruktur innerhalb des Untersuchungsgebietes bestehen, bezogen auf das Wohnumfeld, kleinräumig ebenfalls Unterschiede. Die Nordstadt ist generell ein dicht besiedelter Stadtteil, in dem die durch die Industrialisierung geringfügig vorhandenen wohnortnahen Freiräume eine untergeordnete Rolle spielten. Insbesondere der südliche Teil des Untersuchungsraums (Senkingstraße und Rudolf-Diesel-Straße) ist historisch und aufgrund des gewerblichen Umfeldes von einem hohen Versiegelungsgrad



Lärm- und Schadstoffbelastung, sowie ungeordnete Müllsituation in dem Cheruskerring



geprägt. Die Innenhöfe werden vom ruhenden Verkehr dominiert. Vereinzelt bestehen Gärten, die jedoch nicht aktiv genutzt werden und sich in einem schlechten Zustand befinden. Die Zonierungen der Eingangsbereiche im Bereich des Cheruskerrings können als Missstände bezeichnet werden. Hier wirkt sich neben der starken Lärm- und Schadstoffbelastung der Hauptstraße vor allem die ungeordnete Müllsituation negativ auf den öffentlichen Raum aus. Im gesamten südlichen Teil der Nördlichen Nordstadt bestehen Nutzungskonflikte zwischen der Wohn- und Gewerbenutzung, die durch fehlende Übergänge oder integrative Gestaltungen im öffentlichen Raum verschärft werden.

Die privaten Gärten im rückwärtigen Bereich der Hermannstraße stellen eine positive Ausnahme dar.

Im nördlichen Teil (Richthofenstraße und Bugenhagenstraße) bestehen insgesamt Missstände im Bereich der Zonierung der Hausvorbereiche, die hauptsächlich durch monotones Abstandsgrün oder versiegelte Flächen, fehlende Mülleinfriedungen und von einem unattraktiven Gesamterscheinungsbild geprägt sind.

Gerade untergenutzte Freiflächen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum werden zum Hundenauslauf genutzt. Dieses Verhalten wirkt sich negativ auf die Nachbarschaften aus.



Ungenutzte Grünfläche an Buswendeschleife in der Richthofenstraße

Ein weiterer Missstand wird am östlichen Ende der Richthofenstraße deutlich: Der gesamte Bereich wird – vor allem zu Schulzeiten der Robert-Bosch-Gesamtschule – stark durch den ruhenden Verkehr geprägt. Zur Sicherstellung von ausreichend Parkmöglichkeiten sind vor dem Schulkomplex zahlreiche Senkrechtplätze vorhanden. Die hohe Versiegelung wirkt sich negativ auf das Wohnumfeld aus. Der östlich angrenzende öffentliche Grünstreifen in der Mitte der Buswendeschleife erfährt mit Ausnahme eines Müll- und Wertstoffsammelstandortes keinerlei Nutzung.

Die Zeilenbebauung des BWV südlich der Richthofenstraße zeigen als gelungenes Beispiel, dass sich eine attraktive Gestaltung des Wohnumfeldes auch positiv auf die Nachbarschaft und den öffentlichen Raum auswirken kann.

Grünflächen und Kinderspielangebote

Öffentliche Grünanlagen mit einer Naherholungs- und klimatischen Ausgleichsfunktion sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden, allerdings mit dem Friedrich-Nämsch-Park oder dem Nordfriedhof in unmittelbarer Nähe und fußläufiger Erreichbarkeit.

Die Flächen der Ganztagsgrundschule Nord mit dem Hort Nordwind und dem Familienzentrum Maluki am östlichen Rand des Untersuchungsgebiets sind von großflächigen Grün- und Freiräumen geprägt. Diese sind nur sehr einge-



Spiel- und Freizeitflächen der Ganztagschule Nord



Verlängerung der Justus-Jonas-Straße entlang der Ganztagschule Nord

schränkt für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers nutzbar, da sie in erster Linie dem Schul- und Betreuungsbetrieb dienen. In Fortführung der Justus-Jonas-Straße, oberhalb des Niedersächsischen Landesrechnungshofes, befindet sich in Abgrenzung zum Nordfriedhof ein stark bewachsener Grünstreifen. Dieser stellt tagsüber eine Spazierstrecke für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers sowie eine wichtige Verbindung für Schülerinnen und Schüler dar. Bei Dunkelheit entsteht hier aufgrund der unzureichenden Beleuchtungssituation und schlechten Einsehbarkeit des Weges ein Angstraum.

Östlich des Weges befindet sich der Nordfriedhof, der aufgrund seiner Einfriedung und eingeschränkten Zugänglichkeit nur untergeordnet wahrgenommen wird. Mit Ausnahme der bereits beschriebenen Buswendeschleife befinden sich im nördlichen Bereich des Untersuchungsgebiets keine weiteren öffentlichen Freiflächen. Im Umfeld der Martin-Luther-Kirche und Kirche St. Johannes befinden sich auf privatem Gelände weitere größere Freiflächen.

Das Kinderspielplatzangebot ist quartiersübergreifend betrachtet als gut zu bewerten. Im rückwärtigen Bereich der Richthofenstraße (westlicher Teil) ist ein attraktives Kinder-



Kinderspielplatz in der Richthofenstraße



Kinderspielplatz in der Martin-Luther-Straße



Kinderspielplatz in der Hermannstraße



Ungenutzte Freifläche eines ehemaligen Kinderspielplatzes (Bugenhagenstraße, Ecke Martin-Luther-Straße)



Gemeinschaftsgarten des Vereins Stadtblühen e. V.

spielangebot mit Zugängen von der Steuerwalder Straße und der Straße An der Johanniskirche vorhanden. Dieses Angebot wird durch die bereits sanierten Spielplätze an der Martin-Luther-Straße (ebenfalls im rückwärtigen Bereich) sowie in der Hermannstraße ergänzt. Besonders hervorzuheben ist bei allen Spielplätzen die verkehrsberuhigte Lage, die gerade für Spiel- und Freizeitflächen dieser Kategorie einen wichtigen Sicherheitsaspekt darstellt.

Auf dem Gelände der Ganztagsgrundschule Nord und den dazugehörigen Einrichtungen bestehen ebenfalls Spielmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler.

Im Bereich der Bughagenstraße, Ecke Martin-Luther-Straße befindet hinter der Wohnbebauung eine ungenutzte öffentliche Fläche. Diese wird aufgrund der fehlenden sozialen Kontrolle zum Ablagern von Müll- und Unrat mit entsprechender Verwahrlosung missbraucht.

Nicht vorhanden im Untersuchungsgebiet und den angrenzenden Bereichen sind Freizeit- und Sportflächen für Jugendliche. Der Friedrich-Nämsch-Park bietet hier nur eingeschränkte Möglichkeiten.

Im Cheruskerring befindet sich der neue intensiv genutzte Gemeinschaftsgarten des Vereins Stadtblühen e. V., der in den Sommermonaten intensiv von den Bewohnerinnen und Bewohnern genutzt wird.

4.3 SOZIALE, KULTURELLE, BILDUNGS- UND FREIZEITBEZOGENE INFRASTRUKTUR UND AKTIVITÄTEN

Im Untersuchungsgebiet sowie im näheren Umfeld existieren verschiedene soziale, kulturelle, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, die u.a. auch Initiator von quartiersbezogenen Aktivitäten sind.

Hier sind zunächst die Ganztagsgrundschule Nord, die Johannesschule, der Hort Nordwind und das Familienzentrum Maluki sowie die Robert-Bosch-Gesamtschule zu nennen. Von den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gehen für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers spürbare Impulse aus, die jedoch in der Regel einen pädagogischen Ansatz verfolgen und dementsprechend in erster Linie den Kindern oder auch Eltern dienen. Durch den ständigen Kontakt von Eltern, Großeltern, Kindern, etc. leisten die Betreuungs- und



Johannesschule, Ganztagsgrundschule Nord und Hort „Nordwind“



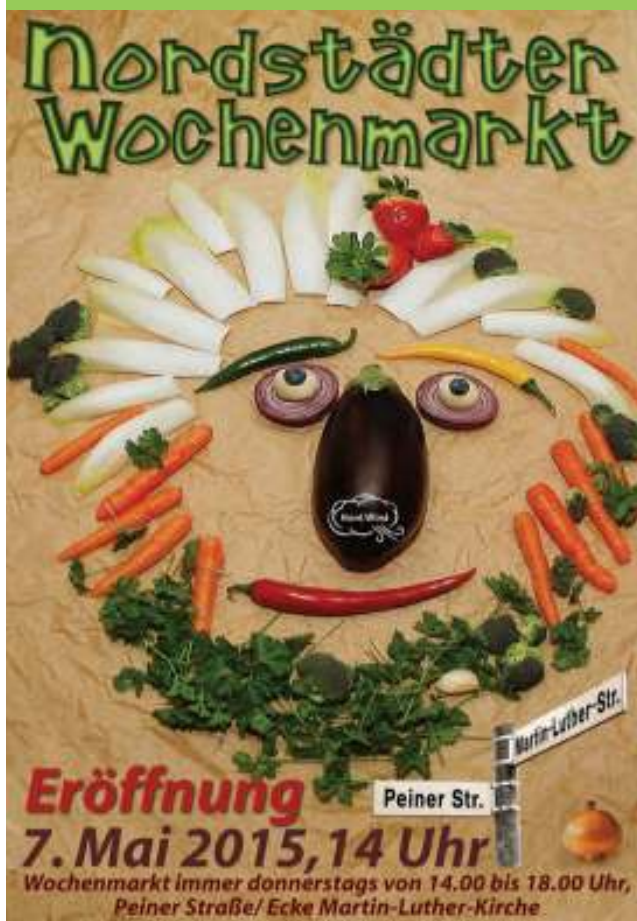
Robert-Bosch-Gesamtschule

Bildungseinrichtungen u.a. auch einen wichtigen Beitrag zum Austausch untereinander.

Ähnliche Impulse gehen von den Kirchen St. Johannes mit dem angegliederten Johannishof (betreute Wohnangebote von Caritas-Wohnen Hildesheim) und der außerhalb des Untersuchungsgebietes liegenden Kindertagesstätte St. Johannes Hildesheim sowie von der Martin-Luther-Gemeinde aus. Hier finden verschiedene altersgruppen- und konfessionsübergreifende Aktivitäten statt, die einen Beitrag zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil leisten. Die katholische Pfarrgemeinde St. Johannes mit Johannishof der Caritas liegt mitten im Untersuchungsgebiet an der Martin-Luther-Straße. Auf dem Gelände An der Johanniskirche 1 befindet sich ein Wohnheim mit zugehör-



Martin-Luther-Gemeinde



Plakat 1. Nordstädter Wochenmarkt

rigen Wohngruppen im ehemaligen Pfarr- und Küsterhaus. In den vier Wohngruppen leben drei bis 14 Bewohner, die mit pädagogischer Unterstützung selbständig leben und sog. Geschäfte des täglichen Bedarfs beschreiten. Schon heute sind die Bewohner Teil der Gemeinschaft im Quartier und als Kooperationspartner bei den vielfältigen Aktionen von „Nordstadt.Mehr.Wert“ dabei. Auch künftig gilt es den Standort zu stärken und durch Ausweitung von Wohnungsangeboten und gemeinschaftlich genutzten Flächen Teil des Quartierslebens werden zu lassen. Dabei sollen die Bewohner noch stärker in die Quartiersarbeit eingebunden werden.

Am 7. Mai fand beispielsweise erstmalig in der Nachbarschaft auf und an dem Gelände der Martin-Luther-Straße der Nordstädter Wochenmarkt statt.

Neben den bestehenden Spielplätzen und dem an das Untersuchungsgebiet angrenzenden Friedrich-Nämsch-Park mit Bolzplatz, stellt das Kinder- und Jugendhaus Nordstadt in der Steuerwalder Straße und das „Go2oNord“ in der Peiner Straße einen wichtigen Treffpunkt für diese Altersgruppe im Quartier dar. Quartiersübergreifend sind die großflächigen Sport- und Freizeitangebote eingeschränkt. Die Vereinsstruktur hat ihren Schwerpunkt im Bereich Kultur, Sprache und Austausch. An der Steuerwalder Straße befinden sich beispielsweise der deutsch-türkische Kulturverein oder das Kulturzentrum der allevitischen Gemeinde. Sportvereine als Impulsgeber für freizeitbezogene Sportaktivitäten sind nicht vorhanden.

Um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Quartier noch stärker zusammenbringen zu können und eine Ausrichtung auf gemeinsame Werte zu erzielen, wurde in 2012 von der Stadt Hildesheim und der Lebenshilfe Hildesheim das Projekt „Gemeinwesenarbeit Nordstadt.Mehr.Wert“ initiiert. Mit verschiedenen Kooperationspartnern und Akteuren aus dem Quartier sind vielfältige Projekte und Aktivitäten durchgeführt worden: U.a. Bürgerversammlungen, Erzählcafés, Zukunftskonferenzen mit Projektgruppen, Aktionstage, Erntefest, Mobiler Stadtgarten, etc. Das Stadtteilbüro befindet sich in der Straße Hochkamp außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Neben weiteren sozialen Angeboten und Einrichtungen in der Nordstadt ist insbesondere die Begegnungs- und Beratungsstätte „Treffer“ der Diakonie Himmelsthür e. V. zu nennen. Im Rahmen des Sanierungsprogramms der „Südlichen Nordstadt“ wurden mit Hilfe eine Fassadensanierung Anreize für einen weiteren Umbau des Gebäudes Peiner Straße 6 erzeugt. Heute befindet sich in diesem Gebäude die Begegnungsstätte „Treffer“ und eine inklusive Wohngruppe. Die Räumlichkeiten sind Ausgangspunkt unterschiedlichster



Begegnungs- und Beratungsstätte „Treffer“ in der Peiner Straße



Plakat des Erzähl-Cafés

Angebote für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung: Neben sozialer Begleitung, unterstützenden Dienstleistungen und Beratung bietet der Treffer ein umfassendes Kultur- und Freizeitangebot.

Ein weiterer wichtiger Treffpunkt, der auch als Projekt aus der Stadtteilarbeit hervorgegangen ist, ist der Gemeinschaftsgarten Nordstadt. Diese gemeinschaftlich gegründete und genutzte Fläche stellt gerade in den wärmeren Monaten des Jahres ein großes Potenzial für die weitere Initiierung gemeinschaftlicher Aktionen. Der Gemeinschaftsgarten Nordstadt wird zeitnah in den Verein Stadtblühen e. V. überführt. Ein ebenfalls interessantes Projekt lässt sich in der Justus-Jonas-Straße finden: Hier befindet sich ein besonders aufwändig gestalteter öffentlicher Bücherschrank, der 2013 von der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim initiiert und gebaut wurde. Hier können interessierte Bürger Bücher lesen, ausleihen oder tauschen. Das Projekt verbindet Freizeitverhalten mit Bildungsaspekten und könnte in der gesamten Nordstadt



Rege Nutzung des Gemeinschaftsgartens (Foto: N. Jaekel)

noch ausgebaut werden. Aktuell werden die Instandhaltungsmaßnahmen durch eine Patenschaft des Teams vom „Treffer“ durchgeführt.



Einweihung des öffentlichen Bücherschranks

Für Stadtteilbewohner, die sich aufgrund mangelnder Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aus familiären Gründen und aufgrund sozialer Isolation überwiegend oder ausschließlich im Quartier aufhalten, sind insbesondere nicht-kommerzielle und nicht-konfessionelle Angebote und Räumlichkeiten wichtig, in denen Begegnungen möglich sind. Gerade vor dem Hintergrund einer möglichst guten Inklusion von Flüchtlingen, macht die Bestandsaufnahme trotz der bestehenden Angebote deutlich, dass es im Untersuchungsgebiet an Begegnungsorten im öffentlichen mit einer quartiers-, alters- und konfessionsübergreifenden sowie interkulturellen Treffpunktfunktion im Sinne einer Mitte im Quartier mangelt.

4.4 VERKEHR

Die gesamte Nordstadt wird über zwei große Bundesstraßen erschlossen. Aus nördlicher Richtung kommend führt die B6 in das Gebiet und wird über den Sachsenring angebunden. Die B6 stellt dabei die Umgehungsstraße für den Durchgangsverkehr der Nordstadt dar. Aus südlicher Richtung kann das Gebiet über die B1 und dann über den Römerring und den Cheruskerring erreicht werden. Beide Bundesstraßen schließen an die A7 an, so dass die Nördliche Nordstadt gut erschlossen und mit dem PKW schnell zu erreichen ist. Innerhalb des Untersuchungsgebiets stellen die Steuer-



Sanierter Straßenraum in der Steuerwalder Straße



Sanierungsbedarf in der Senkingstraße, Ecke Bischofskamp

walder Straße und die Peiner Straße zwei Hauptachsen dar, die in nördliche Richtung fächerförmig verlaufen. Diese zwei Verbindungen weisen die höchsten Verkehrsbelastungen in dem Gebiet auf. Ferner wird das Gebiet durch die Martin-Luther-Straße durchquert. Von der Richthofenstraße, die eine Sammelstraße darstellt, gehen verschiedene Stichstraßen in die einzelnen Wohngebiete ab.

Der bauliche Zustand der Straßen im Untersuchungsgebiet muss differenziert betrachtet und bewertet werden: Während die Steuerwalder Straße, die Martin-Luther-Straße, Hermannstraße, Bischofskamp in Teilbereichen (zwischen Cheruskerring und Hermannstraße) und Martin-Luther-Straße (einschl. Knotenpunkt Sachsenring) bereits saniert wurden, weisen die Senkingstraße, die Rudolf-Diesel-Straße, Teile der Richthofenstraße und insbesondere die Justus-Jonas-Straße und Bughenstraße dringenden Sanierungsbedarf auf.

Die Justus-Jonas-Straße bindet die anliegenden Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der Ganztagsgrundschule Nord mit dem Hort Nordwind und dem Familienzentrum

Maluki sowie die rückwärtige Erschließung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes an die Martin-Luther-Straße an. Darüber hinaus ist die Straße sowie die nördliche anschließende Verbindung zur Richthofenstraße eine Hauptwegeverbindung für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Der gesamte Straßenraum weist erhebliche bauliche Mängel auf, die für alle Verkehrsteilnehmer ein Gefährdungs-



Defizite in der Straßengestaltung in der Bughenstraße



Massive Straßenschäden in der Justus-Jonas-Straße, teils unbefestigte Gehwege

potenzial darstellt. Sowohl Fahrbahn- als auch Gehwegbeläge weisen Brüche und Löcher auf. Eine Straßenraumaufteilung ist kaum erkennbar, so dass der ruhende Verkehr zu Lasten der Fußgänger den Straßenraum dominiert.

Ähnlich stellen sich die baulichen Mängel in der Senkingstraße, der Rudolf-Diesel-Straße und in der Bugenhagenstraße dar.

Als weitere Missstände wurden im Rahmen der Bestandsaufnahme die Belastung der Martin-Luther-Straße durch temporären Schwerlastverkehr und die erhöhte Geschwindigkeit von Kfz in der Richthofenstraße ausgemacht. Im östlichen Teil der Richthofenstraße und dem weiteren Umfeld der Robert-Bosch-Gesamtschule, ist zudem eine höhere Belastung durch parkende Pkw erkennbar.

Rad- und Fußwege

Das Radwegenetz im Untersuchungsgebiet muss straßenbezogen bewertet werden: Die Steuerwalder Straße verfügt über einen in beide Fahrtrichtungen ausgebauten, gemeinsamen Geh- und Radweg. Gleiches gilt für die Martin-Luther-Straße. Im Cheruskerring ist der Radweg als Radfahrstreifen auf der Straße abmarkiert. In den Nebenstraßen (Tempo 30) sind sowohl im nördlichen als auch im südlichen Teil des Untersuchungsgebiets keine gesonderten Radwege ausgewiesen. In der Richthofenstraße stellt dies aufgrund des bestehenden Busverkehrs und dem Verkehr, der durch den Schulbetrieb entsteht, ein Defizit dar.

Die im Quartier ausgebauten Fußwege entsprechen einem angemessenen Maß. Den nördlichen und südlichen Teil verbinden einzelne untergeordnete Wegeverbindungen, wie



Fußgängerquerung in der Richthofenstraße

beispielsweise „An der Johanniskirche“ oder an der Verlängerung der Justus-Jonas-Straße. Diese Wegeverbindungen sind jedoch bezogen auf die Quartiersvernetzung besonders wichtig. Gegenwärtig werden diese Verbindungen aufgrund der Ausstattung zu bestimmten Zeiten als Angsträume wahrgenommen.

ÖPNV-Erschließung

Die Erschließung über den öffentlichen Personennahverkehr findet in dem Untersuchungsgebiet über einzelne Busverbindungen statt. Insgesamt bestehen sechs Haltestellen. Auf der Steuerwalder Straße, befinden sich mehrere Haltestellen, die von insgesamt sechs Linien (Linie 2, 17, 21, 22, 107, N1) angefahren werden. Die Richthofenstraße wird von den Linien 2 und 107 bedient. Gleiches gilt für die Martin-Luther-Straße. Mit den Buslinien wird das Zentrum der Stadt aber auch der Hauptbahnhof direkt erreicht.

4.5 LOKALE WIRTSCHAFT, ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Nahversorgung wird im Untersuchungsgebiet durch den Lebensmitteldiscounter „Lidl“ abgedeckt. Im näheren Umfeld bestehen weitere großflächige Einzelhandels- und Nahversorgungsangebote. Zusätzlich können verschiedene kleinteiligere Supermärkte und Kioske im Gebiet genutzt werden.

Weiter sind im Bereich der Steuerwalder Straße einzelne Gastronomieangebote vorhanden. Im südlichen Bereich der Steuerwalder Straße nimmt die gewerbliche Funktion deutlich zu: Hier prägen private Dienstleistungen die Angebotsstruktur.



Konfliktpotenzial für verschiedene Verkehrsteilnehmer in der Richthofenstraße



Wegeverbindung (hier: An der Johanniskirche)



Kiosk in der Steuerwalder Straße



Dienstleistungen in der Steuerwalder Straße



Nahversorger „Lidl“ im Bischofskamp / Steuerwalder Straße



Technologiezentrum mit überregionaler Arbeitsmarktfunktion

Gleiches gilt für die Martin-Luther-Straße, in der eine Bankfiliale sowie weitere Dienstleistungsangebote vorhanden sind. In der Richthofenstraße sind ein weiterer Kiosk sowie ein Blumenfachgeschäft ansässig. Im gewerblich geprägten Bereich der Hermannstraße, der Senkingstraße und des Bischofskamps, können Baustoffmärkte und produzierendes Gewerbe verortet werden. Ebenso bestehen hier weitere Dienstleistungen (Malerbetrieb, Fitnessstudio, Spielhalle, Gesundheitsdienstleister). Weitere Dienstleistungen, wie z. B. ein Fahrzeugverleiher oder das Technologiezentrum, das für Hildesheim eine überregionale Bedeutung besitzt, befinden sich im nördlichen Teil des Untersuchungsgebietes. Es sind zwar vereinzelt gastronomische Angebote vorhanden, bei einer quartiersübergreifenden Betrachtung besteht keine Bäckerei/Cafénutzung.

Im Bereich der lokalen Wirtschaft bestehen abschätzungsweise verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze im Untersuchungsgebiet. Die vorhandenen Arbeitsplätze können dabei fast ausschließlich im Bereich der Dienstleistungen verortet werden. Der Hauptanteil der Arbeitsplätze innerhalb des eigentlichen Wohnstandortes liegt mit den Schul- und Betreuungsangeboten sowie dem ansässigen Niedersächsische Landesrechnungshof im öffentlichen Sektor.

In den nachstehenden Übersichtsplänen „Gebäude- und Freiflächennutzung“ mit Schrägluftbild, „Städtebauliche und soziale Missstände“ sowie „Potenziale und Ziele“ auf den Seiten 40-43 werden die dargestellten Ergebnisse der Bestandsaufnahme zusammengefasst und räumlich verortet. Die Karten stellen eine Momentaufnahme der Ist-Situation dar und können ggf. im weiteren Verfahren konkretisiert oder angepasst werden.



Spielhalle im Bischofskamp

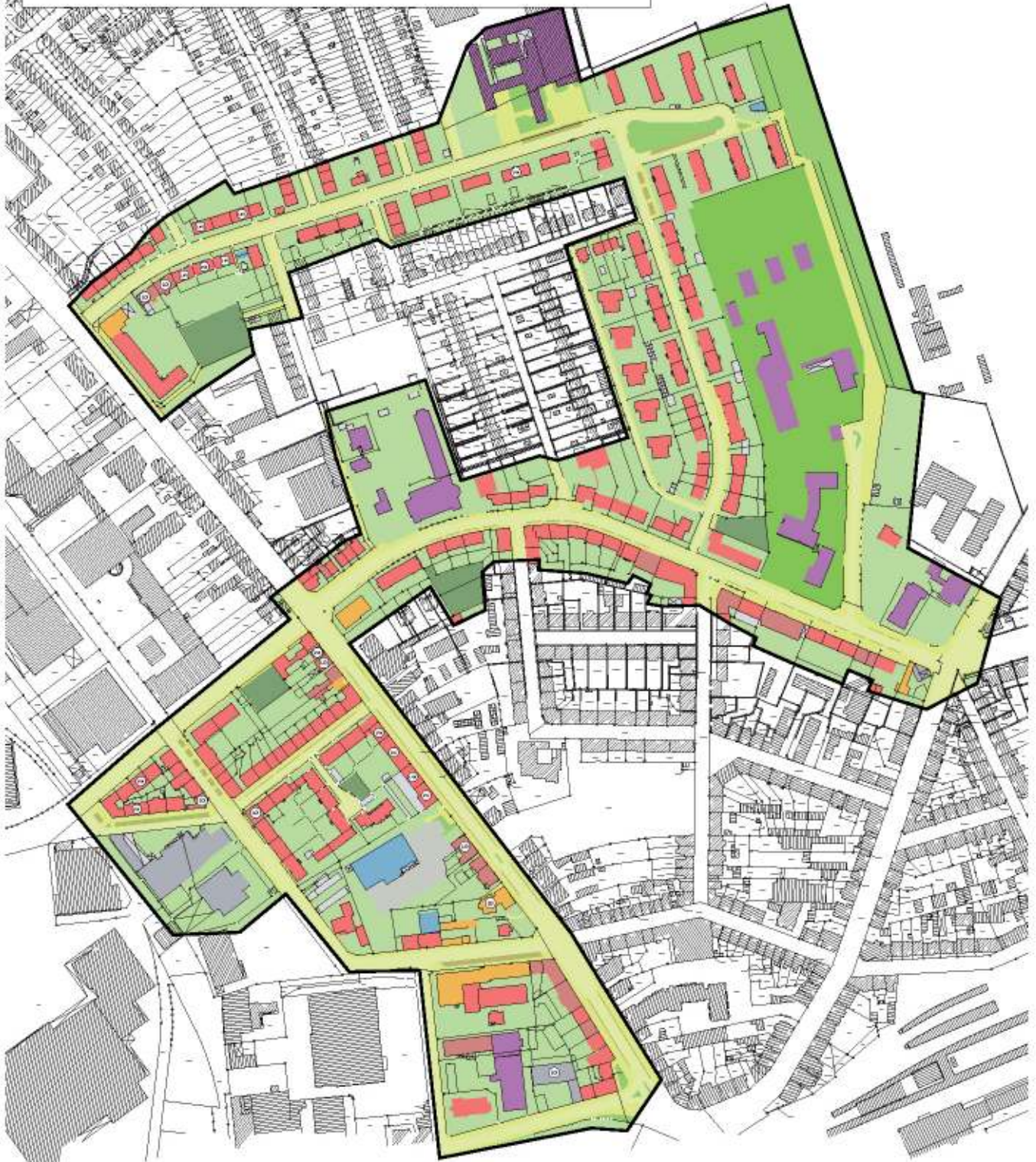


Blumenfachgeschäft in der Richthofenstraße

GEBÄUDE- UND FREIFLÄCHENNUTZUNG

- | | |
|--|--|
|  Wohnen |  Private Grundstücke |
|  Gewerbe |  Öffentliche Grünflächen |
|  Wohnen mit gewerblicher EG-Nutzung |  Spielplatz / Gemeinschaftsgarten |
|  Einzelhandel |  Grünflächen öffentlicher Einrichtung |
|  Private Dienstleistungen |  Strassen |
|  Öffentliche Dienstleistungen |  Parkstreifen (Nebenanlagen) |
|  Nebengebäude |  Gehwege / Fahrradwege / Neberanlag |
|  Vereinzelt Leerstand Wohnen |  Parkplätze |
|  Vereinzelt Leerstand Gewerbe | |

Kartengrundlage: Stadt Hildesheim, Vermessung und Geodäsie
 Handanstellung nicht maßstabstreu



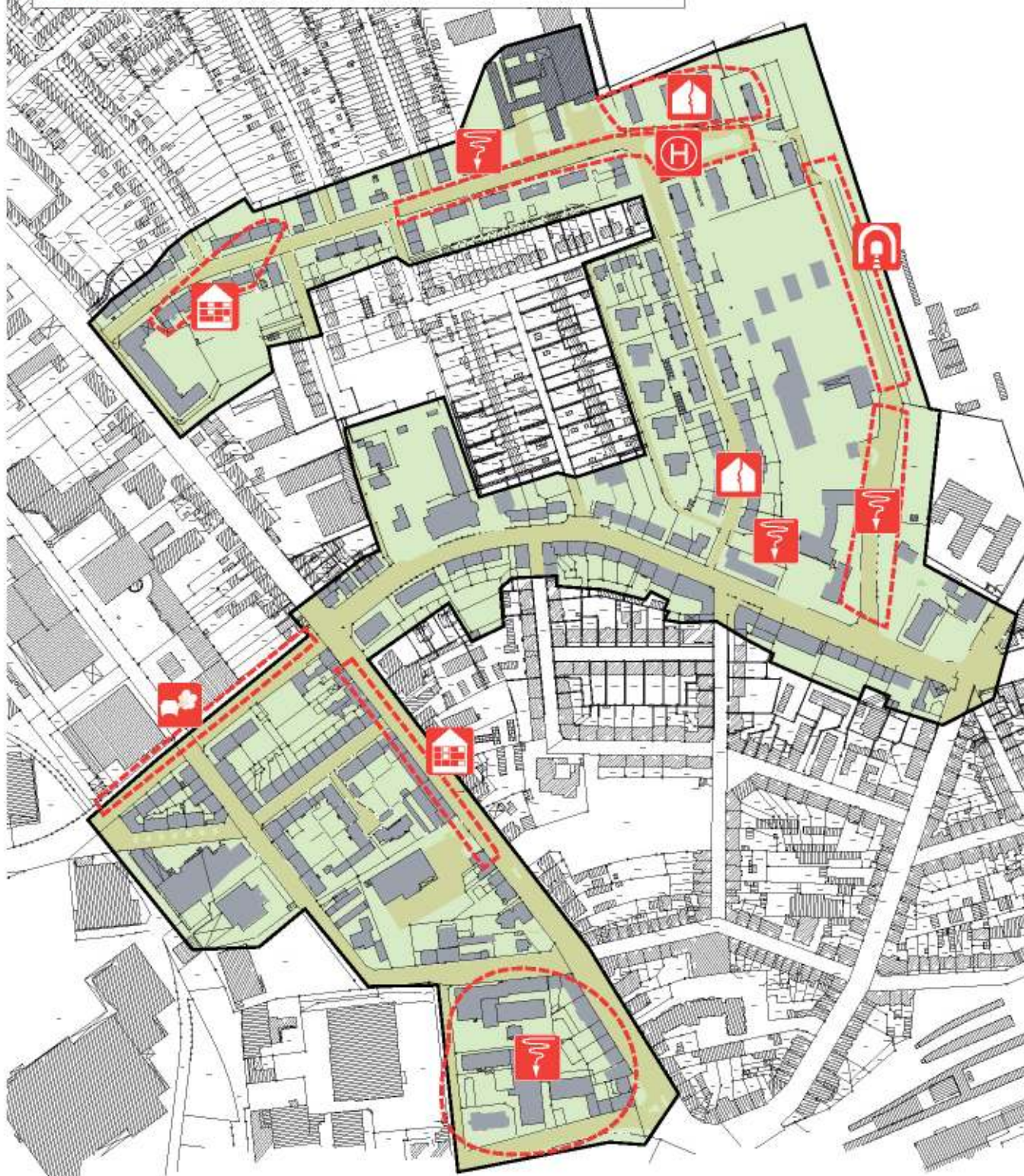


Blick auf die Nordstadt mit dem Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt (Stand 2012)

STÄDTEBAULICHE UND SOZIALE MISSTÄNDE

-  Langfristiger Handlungsbedarf Stadtbild/Wohnumfeld
-  Städtebaulicher Missstand
-  Vereinzelt Leerstände (Wohnen/Gewerbe)
-  Angstraum
-  Lärm- und Abgasemissionen
-  Haltstellenbereich

Kartengrundlage: Stadt Hildesheim, Vermessung und Geodaten
Handanstellung nicht maßstabstreu



POTENZIALE UND ZIELE



Städtebauliche Entwicklung



Zentrumsbildung



Spielplatz als Treffpunkt für Kinder



Gemeinschaftsgarten (Verein Stadtblühen e.V.)



Potenzial für Kommunikationsräume / Kooperationen



Verbesserung Vernetzung

Kartengrundlage: Stadt Hildesheim, Vermessung und Geodaten
Planarstellung nicht maßstabstreu



5 HANDLUNGSFELDER, ZIELE UND MASSNAHMEN

Die im folgenden Kapitel dargestellte Auswahl und Beschreibung der Handlungsfelder basiert auf den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und deren Überprüfung im Rahmen des Workshops mit den Akteuren aus dem Quartier am 17.04.2015. (vgl. Kap. 1). Folgende Handlungsfelder werden dabei betrachtet:

- Attraktivierung des Wohnens
- Wohnumfeld und Freiräume
- Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktureinrichtungen
- Schaffung eines Quartierszentrums
- Öffentlicher Raum und Verkehr
- Bürgermitwirkung und Aktivierung des Stadtlebens
- Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung

Innerhalb jedes Handlungsfeldes werden zunächst die übergeordneten Ziele und anschließend die konkreten Maßnahmen zur Zielerreichung beschrieben.

5.1 ATTRAKTIVIERUNG DES WOHNENS

Ziele:

Die bestehende Wohnfunktion soll nachhaltig – auch in belasteten Lagen – gestärkt und attraktiviert werden. Die Verbesserung der baulichen Substanz geht einher mit einer Schaffung von Barrierefreiheit, einer Aufwertung des Wohnumfeldes und einem Ausbau der Vielfalt des Wohnungsangebotes für die verschiedenen Nutzer- und Zielgruppen.

Maßnahmen:

- Verbesserung der Wohnbausubstanz, energetische und städtebauliche Sanierungsmaßnahmen mit dem Ziel der vollständigen Barrierefreiheit durch Wohnungseigentümer. Sanierungsbedarf herrscht hier in der Richthofenstraße, Martin-Luther-Str., Senkingstraße, Rudolf-Diesel-Straße und im Bischhofskamp
- Auffächerung des Wohnungsangebotes, der Wohnungszusammenlegung in Wohnungsbeständen mit einseitigen Wohnungsgrößen durch Wohnungseigentümer
- Verbesserung der Identität mit den Wohnungen durch Attraktivierung der Hauseingangsbereiche mittels individueller Gestaltung
- Maßnahmen zur Umgestaltung von Eingangsbereichen, Wirtschaftsflächen und deren Umfeld für eine bessere individuelle Erkennung (u. a. in der Richthofenstraße und der Bugenhagenstraße)



Verbesserung und Attraktivierung des Wohnens (hier: Richthofenstraße)



Entsiegelungs- und Sanierungsmaßnahmen für versiegelte Flächen in den Hinterhöfen (hier: Steuerwalder Straße)

- Erweiterung der Vielfalt des Wohnungsangebotes und angepassten Mietkostenkonzept durch Verbesserung des Wohnungsschlüssels durch Wohnungseigentümer
- Förderung und Ausbau von betreuten Wohnkonzepten für Seniorenwohnen mit angeschlossenen Sozialstationen und Mehrgenerationen-Wohnprojekte
- Verbesserung des Angebotes von bedarfsgerechten Wohneinheiten, Wohnungsmix: große + kleine Wohnungen für verschiedene Wohnungsansprüche: Familien, Wohngruppen, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studenten, Wohnumfeldverbesserung
- Ganzheitliches Leerstandskonzept für Wohnraumleerstände in der Steuerwalder Straße und Richthofenstraße
- Eigentümeransprachen koordinieren und organisieren (Kooperation statt Konfrontation)
- Erstellung von lokalen Aktionsplänen und Leitbildern, Aufbau aktiver Nachbarschaften zur Installation von nachbarschaftlicher Selbsthilfe in Kooperationen mit den bereits aktiven Partnern im Quartier

5.2 WOHNUMFELD UND FREIRÄUME

Ziele:

Der Wohnwert soll durch Aufwertungsmaßnahmen des Wohnumfeldes gesteigert werden. Die vorhandenen Grün- und Freiflächen sind dabei Orte der Kommunikation und werden durch eine Nutzungsoptimierung neu belebt. Bessere und sicherere Wege- und Grünverbindungen im Quartier, sowie die Schaffung von barrierefreien Zugängen entstehen. Mit der baulichen Aufwertung des Wohnumfeldes wird die soziale und kommunikative Situation innerhalb der Nachbarschaften verbessert.

Maßnahmen:

- Aufwertung des Wohnumfeldes insgesamt
- ganzheitliche Quartiersbetrachtung, Erarbeitung eines Freiflächenkonzepts
- Freiflächen der Schulen oder Kirchen als mögliche Multifunktionsflächen zukunftsfähig und für alle Menschen im Quartier öffnen und nutzbar machen
- Aufwertung, Gestaltung und Begrünung von unegliederten Flächen, Vorgärten/Hausvorbereiche, Fassaden etc.
- Förderung der Neuordnung von Müllstandorten auf privaten und öffentlichen Grundstücken (Vorbildfunktion für Private)
- Unterstützung und Förderung der Zonierung des Wohnumfeldes (deutlich erkennbare Bereiche privat, halböffentlich und öffentlich)
- Förderung und Öffnung der Kinderspielplätze mit attraktiven altersgruppengerechten Spielangeboten
- Nachhaltige Verbesserung und Entgegenwirken des Funktionsverlustes der Grünflächen und Spielplatzbereiche (Werben für nachhaltige Patenschaften)
- Nachnutzungskonzept für öffentliche Freifläche in der Bugenhagenstraße hinter der Wohnbebauung
- Schrittweise Entsiegelung von Hinterhöfen und Flächen für den ruhenden Verkehr zur Schaffung attraktiver, wohnortnaher Freiflächen
- Ganzheitliches Konzept zur Neugestaltung des Abstandsgrüns und zur Beseitigung und Vermeidung von Müll, Unrat und Hundekot
- Förderung der Urban-Gardening-Idee (Gemeinschaftsgärten) über weitere Kooperationen (z.B. Stadtblühen e.V.)
- Friedhof als Grünflächenpotenzial erkennen



Das Flüchtlingsheim als Ort der Begegnung etablieren und integrieren (hier: Senkingstraße)

5.3 SOZIALE, KULTURELLE, BILDUNGS- UND FREIZEITBEZOGENE INFRASTRUKTURANGEBOTEN

Ziele:

Oberstes Ziel ist die Stärkung und Verbesserung des sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebots im Quartier durch bauliche Maßnahmen und die Förderung weiterer Kooperationen. Dabei werden möglichst alle Alters- und Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und besonders Angebote für junge Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Kinder und Jugendliche geschaffen. Der Aufbau von Beratungsangeboten zum Wohnen im Alter, Erziehung, Schule, Ausbildung oder Freizeitgestaltung bilden die Basis für die Entwicklung von Identität, Nachbarschaften und einem besseren Image.

Maßnahmen:

- Verbesserung des sozialen Infrastrukturangebotes
- Ausbau von Kinder-, Jugend- und Familienangeboten im Quartier unter Berücksichtigung der kulturellen Besonderheiten
- Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von null bis sechs Jahre sowie für Grundschüler
- Schaffung von Tages-Betreuungsangeboten für demente Menschen
- Schaffung kleinteiliger Kommunikationsangebote für Nachbarschaften, die das Wohnumfeld nicht belasten (z. B. Stadtteilcafé)
- Lebenswegplanung für männliche und weibliche Jugendliche unter besonderer Berücksichtigung ihrer individuellen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Neigungen und unter Berücksichtigung der realen Zugangsvoraussetzungen in Ausbildung und Beruf für beide Geschlechtergruppen, insbesondere auch für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen

- Aufbau demokratischer Strukturen in der Gruppe der Akteure zum Tragen einer gemeinsamen Verantwortung für den Stadtteil
- Prüfung einer Öffnung von Potenzialflächen für den Gemeinschaftsgebrauch z. B. der Kirchen (Johanneskirche und Martin-Luther-Gemeinde), der Schulen (Grundschule Nord, Robert-Bosch-Schule) oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen
- Etablierung des Flüchtlingsheims als Ort der Begegnung und Integration in den Stadtteil (Bekämpfung von Sorgen und Ängsten sowohl bei Flüchtlingen als auch Bewohnern sowie aktive Integration und Inklusion)
- Förderung von Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Integration aller Bevölkerungsgruppen.
- Einbeziehung verschiedener ethnischer Gruppen, Integration, Inklusion und Bewohner des Flüchtlingsheims,
- Förderung und Ausbau des Projektes „Öffentlicher Bücherschrank“ an weiteren Standorten
- Einwerben weiterer Fördermittel über Partnerprogramme BIWAQ, JUGEND STÄRKEN im Quartier, etc

5.4 SCHAFFUNG EINES QUARTIERSZENTRUMS

Ziele:

Durch die Schaffung eines neuen Quartierszentrums entsteht ein zentraler Ort, der eine quartiers-, alters-, konfessionsübergreifende sowie interkulturelle Treffpunktfunktion erfüllt. Dieses Angebot kann sowohl eine multifunktionale Platzfläche wie auch ein Gebäude unter Trägerschaft sein.

Maßnahmen:

- Schaffung eines Quartierszentrums im Bereich der Martin-Luther-Straße, Peiner Straße und Justus-Jonas-



Peiner Straße, Ecke Martin-Luther-Straße: Untergenutztes Grundstück als Potenzial ausschöpfen

Straße als zentraler Treffpunkt und „gefasste Spange“ aller Einrichtungen in diesem Bereich

- Prüfung von Synergien mit vor Ort vorhandenen Potenzialen und möglichen Partnern/Kooperationen
- Vernetzung mit zentralen Bereichen der südlichen Nordstadt fördern

5.5 ÖFFENTLICHER RAUM UND VERKEHR

Ziele:

Der öffentliche Raum soll als Ort des Lebens dienen und dem Stadtteil eine neue Identität geben. Graue und versiegelte Flächen sollen nicht mehr dominieren und insgesamt entsiegelt werden. Der Straßenraum wird städtebaulich für alle Verkehrsteilnehmer aufgewertet. Ferner soll der öffentliche Raum das Rückgrat des Quartiers bilden. Ebenso ist mehr Grün im öffentlichen Raum wünschenswert.

Maßnahmen:

- Mehr Aufenthaltsflächen und offene Grün- und Freizeitalflächen im öffentlichen Raum als Orte der Begegnungen schaffen
- Buswendeschleife in der Richthofenstraße beleben und dem Grünstreifen eine angemessene Nutzung geben
- Reduzierung der verkehrlichen Belastung der Wohngebiete
- Verkehrsreduzierungsmaßnahmen und Schaffung von mehr Komfort für Fußgänger und Radfahrer
- Behebung städtebaulicher Missstände in der Justus-Jonas-Straße, Bugenhagenstr., Martin-Luther-Str. (vor der Kirche)



Die Grün- und Freiflächen der Kirchen (hier: Johanniskirche) sollen mit den Bewohnern ein Teil des Quartierslebens werden

- Beseitigung von Angsträumen (Justus-Jonas-Straße und nördliche Verlängerung, An der Johanniskirche)
- Reduzierung von Lärm- und Abgasemissionen (insbesondere Cheruskerring, Steuerwalder Straße, Martin-Luther-Straße)
- Vernetzungspotenziale der vorhandenen Fußwegeverbindungen im Quartier ausschöpfen
- Verbesserung der Nutzung für alle Verkehrsteilnehmer
- Schaffung von „Spielstraßen“
- Schaffung von Aktionsflächen, Ausbau für z. B. Marktnutzung

5.6 BÜRGERMITWIRKUNG UND AKTIVIERUNG DES STADTTEILLEBENS

Ziele:

Alle Förder- oder Sanierungsmaßnahmen werden auf Basis der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger stattfinden. Die örtlichen Potenziale sollen dabei stets aktiviert und ausgeschöpft werden. Durch die frühzeitige Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner soll ein neues Bewusstsein für das Quartier und mehr Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft entstehen sowie die nachbarschaftliche Situation verbessert werden.

Maßnahmen:

- Motivationsanreize schaffen und Identitätsmerkmale stärken

- Bei Planungen zur städtebaulichen Entwicklung des zukünftigen Fördergebietes werden die Bewohnerinnen und Bewohner durch Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, direkte Ansprachen frühzeitig eingebunden
- Beteiligung der verschiedenen Bewohnerschaftsgruppen an den Sanierungsmaßnahmen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Umbaus, insbesondere unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse von Männern und Frauen
- Koordination des Gemeinwesens zur Aktivierung der Bevölkerung, auch der benachteiligten Gruppen und Aufbau eines funktionierenden Miteinanders im Stadtteil
- Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen stärken
- Vernetzungspotenziale zwischen den Sanierungsgebieten der Südlichen Nordstadt und der Nördlichen Nordstadt nutzen
- Potenziale und Synergien aus der vernetzenden Arbeit der Gemeinwesenarbeit Nordstadt.Mehr.Wert nutzen
- Bildung von Arbeitsgruppen zu verschiedenen Handlungsfeldern bzw. Projekten
- Beteiligung von Jung und Alt, Integration aller Bevölkerungsgruppen, Einbeziehung verschiedener ethnischer Gruppen, Integration, Inklusion und Bewohner des Flüchtlingsheims



Beseitigung von städtebauliche Missstände wie hier in der Justus-Jonas-Straße



Konzepte zur nachhaltigen Reduzierung von Leerständen und Etablierung neuer Arbeitsplätze (hier: Steuerwalder Straße)

5.7 LOKALE WIRTSCHAFT, ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Ziele:

Der gesamte Bereich der lokalen Wirtschaft soll nachhaltig stabilisiert und durch Ausweitung der bestehenden Arbeitsplatzangebote und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen im Quartier ausgebaut werden. Grundsätzlich sollen die Voraussetzungen für eine bessere Ansiedlung und der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur verbessert werden.

Maßnahmen:

- Neuansiedlung und Stärkung von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsangeboten insbesondere im Umfeld der Nordstadt, dem Technologiezentrum und den Gewerbegebiet im Westen des Untersuchungsgebietes sowie kleinteilige Angebote in den Versorgungsbereichen Steuerwalder Straße und Martin-Luther-Straße
- Ausbau des Angebotes vorhandener Nutzungen im Einzelhandel und Dienstleistungen in der Steuerwalder Straße und Martin-Luther-Straße sowie Anstreben von Synergien zwischen den verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung eines lokalen interkulturellen Angebotes
- Ladenleerstände durch ganzheitliches Leerstandskonzept im Rahmen der Vorbereitung von Maßnahmen vermeiden
- Qualifizierungsarbeit von Arbeitsuchenden in Wohnortnähe etablieren, insbesondere auch mit Integrationsarbeit
- Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes mit der Zielsetzung, neue Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen
- Aufbau von mit der Wohnnutzung verträglichen lokalen Arbeitsplatz- und/oder Beschäftigungsangeboten unter Einfluss von Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung, insbesondere für Alleinerziehende und pflegende Personen, sowie für Frauen und Personen mit Migrationshintergrund
- Beschäftigungsfördernde Konzepte mit der Wohnungswirtschaft entwickeln: Hilfe bei Umzügen, Maler- und Hausarbeiten, Grünpflege
- Einwerben weiterer Fördermittel über Partnerprogramme BIWAQ, JUGEND STÄRKEN im Quartier, etc

6 BÜRGERMITWIRKUNG IM STADTTEIL

Beteiligung und Teilhabe von Menschen verfolgt das Ziel, ein nachhaltig wirkendes eigenständiges Leben im Quartier zu entwickeln, den sozialen Verbund zu stärken und tragfähig auszubauen, alle vorhandenen lokalen Potenziale zu stärken sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aller Gruppen zu motivieren, in Initiativen, Vereinen und Verbänden mitzuarbeiten.

Durch eine frühzeitige und breite Beteiligung Interessierter und Betroffener auch im Rahmen einer aktivierenden Befragung können einerseits deren Belange und Vorstellungen in Planungsüberlegungen einfließen, andererseits wird über diesen Prozess die umsetzungsorientierte Ausrichtung des Förderprogramms gewährleistet. Maßnahmen werden im Dialog weiter entwickelt.

Aktive Stadtteile bieten Menschen einen Raum, sich zu entfalten und an ihrer individuellen Lebens- und Berufssituation etwas zu verändern. Ein Stadtteil mit aktivem Gemeinschaftsleben verliert auch Einzelne nicht aus der Gemeinschaft und versorgt auch die Menschen, die in der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit durch individuelle Hemmnisse vermindert sind.

Die Maßnahmen sind notwendige Basis zur Entwicklung einer verbesserten örtlichen Beschäftigung auf der Grundlage der Mitwirkung und Selbstorganisation.

Die Aktivitäten der sozialen Stadterneuerung sollen über eine selbständige Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil kommuniziert werden, um eine höhere Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und das Image des Stadtteils aufzuwerten. Zudem soll die vorhandene Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, das Stadtteilimage auch nach außen aufzuwerten, um für die lokalen Quartierszentren eine erhöhte Attraktivität und Bekanntheit zu erreichen.

Die Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen und Männer sollen konzentriert ermittelt und im Verfahren berücksichtigt werden. Die Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten während der Treffpunktzeiten der Bildungsmaßnahmen sind wünschenswert.

Stadtteilübergreifende Maßnahmen, wie z. B. Bürgerfeste, Kinderfeste, Veranstaltungen zu kulturellen Themen, Veranstaltungen für altersdefinierte Zielgruppen, identitätsbildende Aktionen, wie z. B. die Aufstellung eines lokalen Aktionsplanes und die Entwicklung eines Stadtteilbildes.

Qualifizierte, zielgenaue und bürgernahe Beteiligungsmethoden müssen eingesetzt werden, um neben der Bewohnerschaftsorientierung im Beteiligungskonzept und Beteiligungsverfahren auch wichtige Ziele der übergeordneten

Stadtteilerneuerung, die mit den genannten Fakten im Zusammenhang stehen, zeitnah zu erreichen.

Dafür ist es notwendig, geeigneten Wohnraum und umfangreichere Grün- und Spielflächen im Wohnumfeld anzubieten und die jungen Familien bzw. Paare, die sich im Prozess der Familiengründung befinden, einzubeziehen. Gleichmaßen ist die Generation der Bewohner/innen 50plus intensiv einzubeziehen, um Wohnformen mit einer umfassenden Nahversorgung an notwendiger Infrastruktur weiterzuentwickeln und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Weitere Zielgruppe der Bildungsmaßnahmen sind die Eigentümer von Wohnraum in der Nördlichen Nordstadt, die zu Investitionen insbesondere dann motiviert werden können, wenn ihre Einzelmaßnahme im Kontext mit vielen anderen Maßnahmen nachhaltig erfolgversprechend hinsichtlich der dauerhaften Stabilisierung des Stadtteils und damit der Vermietbarkeit des Eigentums ist. Dazu muss die Gruppe der Eigentümerschaft mit in die Prozesse der Stadterneuerung mit geeigneten Bildungsmaßnahmen und umfangreicher Information bezüglich möglicher Konsequenzen in ehrlicher partnerschaftlicher Transparenz einbezogen werden.

Eine weitere Zielgruppe ist die der Gewerbetreibenden im Stadtteil und akquirierter Gewerbetreibender, ergänzt um die Bewohnerschaft, die mittels des Einsatzes von Instrumenten der Beschäftigungsförderung bei der Schaffung von wohnortnahen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten unterstützt werden sollen. Insbesondere die Entwicklung von bedarfsdeckenden Angeboten der Betreuung und Versorgung der Stadtteilbevölkerung soll in einem konkurrenzlosen Zusammenwirken aller vorgenommen werden.

Das Beteiligungskonzept ist im Grundsatz aufgestellt und umfasst zielgruppenorientierte methodische Schritte in bestimmten Ablaufphasen. Methoden der Beteiligung können sein:

- Stadtteilerforscherprojekt für Kinder
- Zukunftswerkstatt/Zukunftskonferenz
- Planning-for-Real-Verfahren
- Modellbau
- Expertenworkshops
- Befragung
- Grüner Tisch
- Mitmachbaustellen



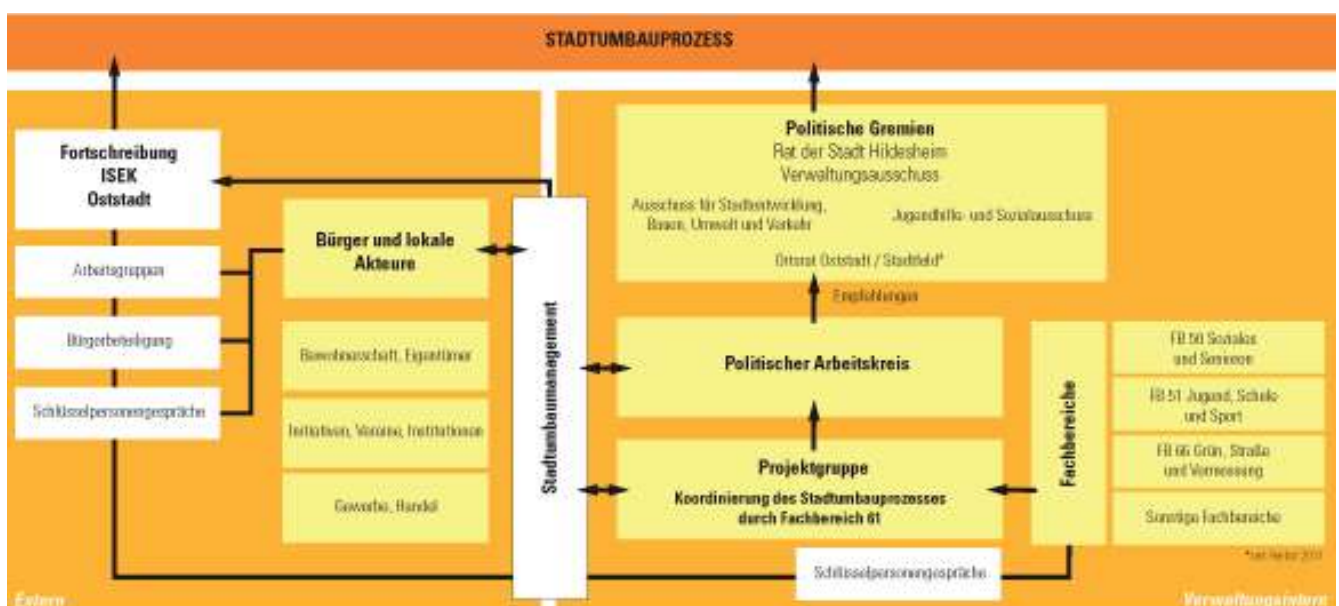
Bürgerbeteiligung zum Umbau einer Spiel- und Grünanlage in Hildesheim

Gemeinsam mit allen Akteuren wird ein geeignetes Verfahren auf Vorschlag der Verwaltung festgelegt, das Prozesse der Entscheidungsfindung und der Koordination mit Politik und Verwaltung regelt.

Zusätzlich soll eine umfassende Befragung im Quartier Aufschluss über die Perspektiven und über die Leistungsfähigkeit der Eigentümer bieten. Eine kommunale Strategie zur ergänzenden Eigentümermobilisierung durch die Veröffentlichung der Möglichkeiten und Chancen, ebenso wie der Konsequenzen, die aus dem Entwicklungshandeln heraus entstehen, soll entwickelt werden. Durch intensive Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren wird sichergestellt, dass die Potenziale der Nördlichen Nordstadt optimal im gesamten Prozess der Erneuerung zur Entfaltung kommen. Das Gebiet wird unter aktiver Mitarbeit der Bewohnerschaft selbst belebt und damit attraktiver Wohn- und Arbeitsstandort für alle Bevölkerungsgruppen.

In der Vergangenheit hat sich ein Organigramm in den Sanierungsgebieten bewährt, das alle Akteure miteinander vernetzt.

Die Organisationsstruktur und die Projektarbeit auf Akteursebene ermöglichen einen transparenten Prozess, der zu einer frühzeitigen Akzeptanz aller Beteiligten führt. Konkrete Einzelmaßnahmen werden mit den Bewohnerinnen und Bewohnern diskutiert, Planungen erörtert und Umsetzungsprozesse vorangebracht. Dies hat bisher eine große Bereitschaft und privates Engagement der Bürgerschaft zur Beteiligung und Mitgestaltung am Gesamtprozess in ihrem Stadtteil ausgelöst.



Beispielhafte Organisationsstruktur (hier Stadtumbauprozess in Hildesheimer Oststadt)

7 ABGRENZUNG GEBIET FÜR MASSNAHMEN DER SOZIALEN STADT / SANIERUNGSVERFAHREN

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung vom 18.05.2015 beschlossen, dass sich die Stadt Hildesheim um die Aufnahme der Gesamtmaßnahme „Nördliche Nordstadt“ und „Stadtfeld“ in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt beim Land Niedersachsen bewirbt.

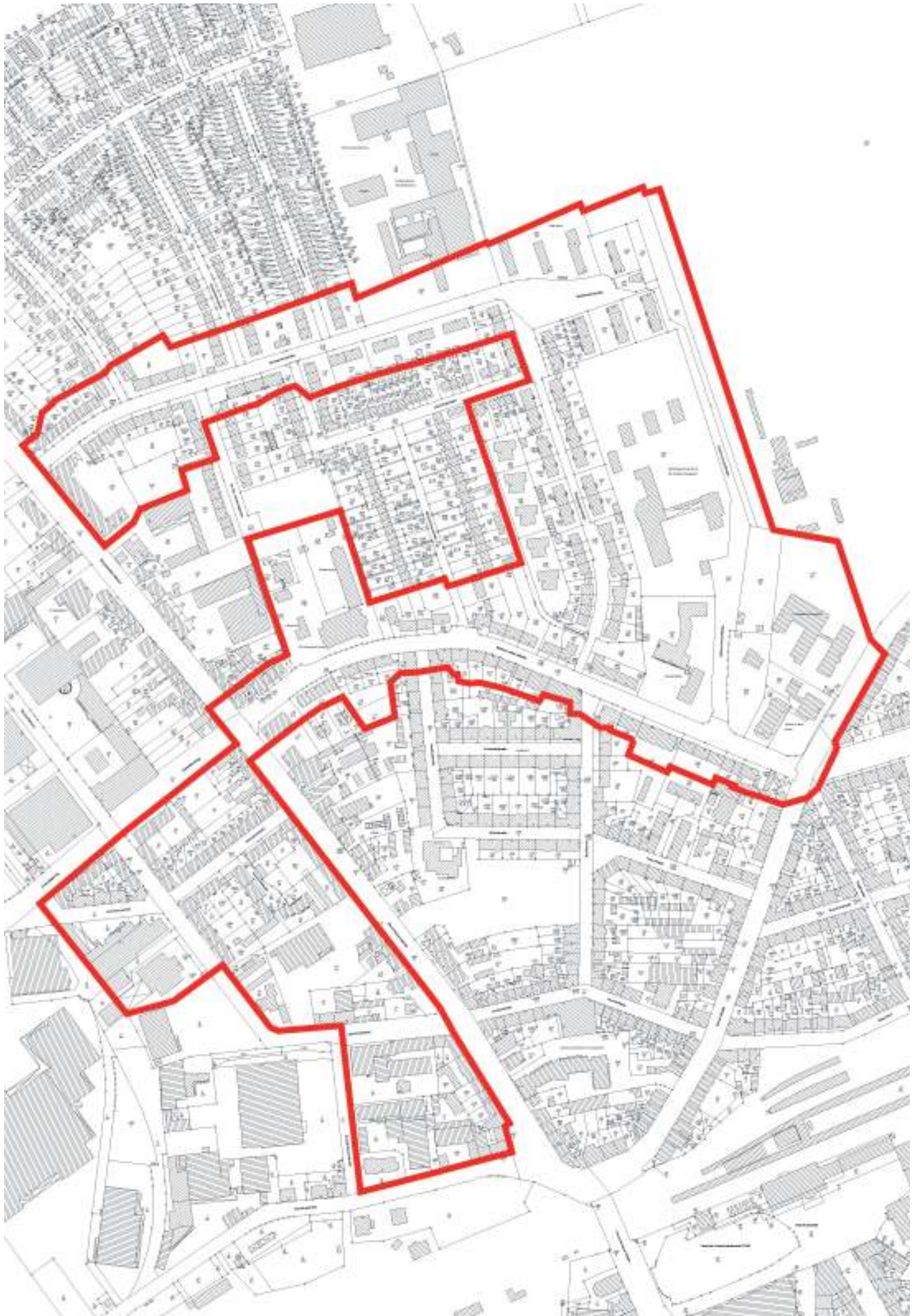
Das Sanierungsverfahren wird gem. § 171 e ff. BauGB mit der Beteiligung der Betroffenen und einer Unterrichtung und Erörterung mit öffentlicher Auslegung durchgeführt.

Im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen wurde die Abgrenzung eines möglichen Fördergebietes durch die Bestandsaufnahme und den durchgeführten Workshop mit den Experten immer stärker konkretisiert. Aufgrund der räumlichen Konzentration von städtebaulichen und sozialen Missständen in bestimmten Straßenzügen und Teilbereichen wird folgende Gebietsfestlegung für Maßnahmen der Sozialen Stadt vorgeschlagen:

Im südlichen Bereich zählt der gesamte Gebäudebestand der Senkingstraße und der Rudolf-Diesel-Straße mit dem Flüchtlingsheim zum Fördergebiet. Ebenfalls im Süden zählen der Bischofskamp und die Hermannstraße dazu. Der Straßenraum der Martin-Luther-Straße, einschließlich der Kreuzung Peiner Straße wird ebenfalls mit in ein mögliches Fördergebiet aufgenommen. In nördliche Richtung verlaufend werden die Bereiche der Bugenhagenstraße, Corvinusstraße und Justus-Jonas-Straße aufgenommen, ebenso wie der gesamte Straßenzug der Richthofenstraße.

Das vorgeschlagene Gebiet umfasst 27,1 ha.

Das Sanierungsgebiet ist so begrenzt, dass sich die Sanierung zweckmäßig durchführen lässt. Gemäß § 171 e BauGB sind städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt einheitlich und zügig durchzuführen. Es ist vorgesehen, das Gebiet, in dem die Maßnahmen durchgeführt werden sollen, gemäß § 171 e Abs. 3 BauGB durch Beschluss des Rates der Stadt Hildesheim festzulegen.



Vorschlag für die Gebietsfestlegung Nördliche Nordstadt

8 ZUSAMMENFASSENDE STECKBRIEF UNTERSUCHUNGSGEBIET NÖRDLICHE NORDSTADT

DATEN, ZAHLEN UND AUSSAGEN IM ÜBERBLICK

Einwohner

Statistischer Bezirk Nord m. Steuerwald:	10.231
Untersuchungsgebiet Nördl. Nordstadt:	2.416

Größe

Statistischer Bezirk Nord m. Steuerwald:	ca. 880 ha
Untersuchungsgebiet Nördl. Nordstadt:	ca. 27 ha

Durchschnittsalter

Gesamtstadt:	44
Untersuchungsgebiet Nördl. Nordstadt:	35

Arbeitslosenquote

Gesamtstadt:	13,5 %
Untersuchungsgebiet Nördl. Nordstadt:	38,5 %

Ausländeranteil/Migrationsanteil

Gesamtstadt:	9,4 % / 26,7 %
Untersuchungsgebiet Nördl. Nordstadt:	25,3 % / 42 %

Bebauung überwiegend 1890–1910, 1920–1940, 1960–1970

Nutzung überwiegend Wohnen, angrenzend Mischgebiet

Wohnungen ca. 720

Häuser ca. 220

Eigentümer Beamten-Wohnungs-Verein zu Hildesheim eG (BWV), Gemeinnützige Baugesellschaft zu Hildesheim AG (gbg), weitere Immobilienverwaltungen und Privateigentümer

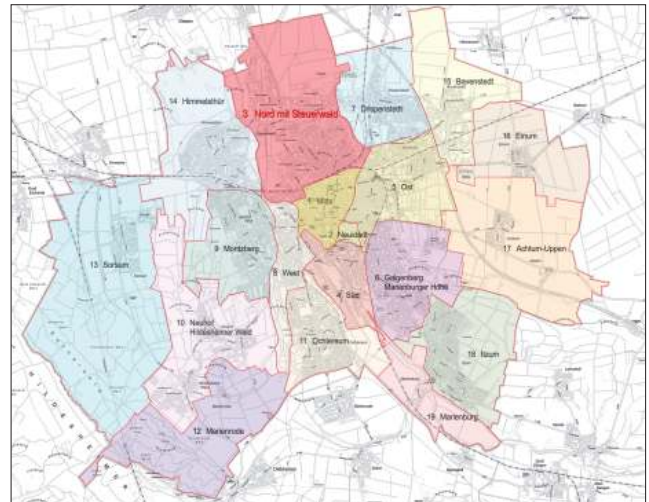
Beschlüsse

Vorbereitende Untersuchung eingeleitet durch Beschluss 16.03.2015, Ratsbeschluss

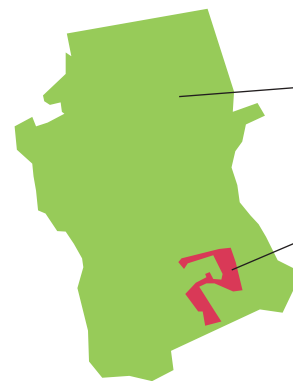
Bewerbung Programm Soziale Stadt 18.05.2015, Ratsbeschluss

Sanierungsgebiet durch Beschluss folgt

Voraussichtlicher Durchführungszeitraum 2016–2020



Lage des statistischen Bezirkes Nord mit Steuerwald



Statistischer Bezirk Nord mit Steuerwald

Untersuchungsgebiet Nördliche Nordstadt

Lage des Untersuchungsgebietes Nördliche Nordstadt im statistischen Bezirk Nord mit Steuerwald

Voraussichtliche Kosten der Gesamtmaßnahme

Geschätzte Gesamtkosten (inkl. Dritter) über 7 Mio. Euro	
davon Gesamtkosten	1,8 Mio. Euro
Mittel Dritter	0,3 Mio. Euro
Fördermittel Bund/Land	1,0 Mio. Euro
Eigenmittel Stadt	0,5 Mio. Euro
(weitere Mitteleinsatz Dritter)	5,5 Mio. Euro

Einrichtungen und Akteure

Nordstadt.Mehr.Wert, Lebenshilfe Hildesheim e.V., Caritas-Wohnen Hildesheim, Johannishof, Diakonie Himmelsthür e.V., Martin-Luther-Gemeinde, Familienzentrum MaLuKi, Go20-Nord, Türkisch-islamische Gemeinde, Grundschule, Johannesschule, Grundschule Nord, Hort Nordwind (keine abschließende Auflistung)

Ressortübergreifende Strategien

Jugend stärken im Quartier, Ökologischer Fußabdruck, Zukunftsstadt, Strategien für künftige Gemeinwesenarbeit (keine abschließende Auflistung)

9 DURCHFÜHRUNG DER SANIERUNG UND KOSTENABSCHÄTZUNG

Der Sanierungszeitraum ist auf fünf Jahre angelegt, um eine zügige Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Die Finanzierung der Sanierungsmaßnahme erfolgt grundsätzlich zu 1/3 durch Eigenmittel der Stadt Hildesheim und zu 2/3 durch Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Da sich die Stadt Hildesheim in Haushaltssicherung befindet, kann auch eine Förderquote 20 % Kommune, 80 % Bund-Länder-Förderung erfolgen.

Bund und Land reduzierten den kommunalen Eigenanteil an der Finanzierung von einem Drittel auf 20 % der förderfähigen Kosten erstmalig für die Stadt Hildesheim mit der Programmanmeldung 2015 einer Programmkomponente Stadtumbau West. Basis dafür ist die im Jahr 2015 greifende Ermächtigung der Länder, 12,5 % der Städtebaufördermittel zu nutzen, um den Eigenanteil der Kommunen in Haushaltssicherung auf bis zu 20 % zu reduzieren. Die Stadt Hildesheim hat am 20.12.2012 mit dem Land Niedersachsen einen der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung dienenden Zukunftsvertrag mit einer Vertragsdauer über 10 Jahre abgeschlossen.

In der Kostendarstellung wird grundsätzlich von einer Förderquote 1/3 durch Kommune und 2/3 durch Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ausgegangen.

Erfahrungsgemäß fließen neben dem Sanierungsprogramm „Soziale Stadt“ auch Mittel verschiedener Förderinstrumente (nicht investive Förderprogramme), zusätzliche Eigenmittel der Stadt und private Investitionen in Stadterneuerungsgebiete, die bis zum achtfachen der öffentlichen Förderung ausmachen. Bereits heute signalisieren die Baugesellschaften und einige Privateigentümer eine hohe Investitionsbereitschaft. Auch die sozialen Träger wirken bei der Bürgerbeteiligung und Koordination der Stadterneuerung aktiv durch Personaleinsatz mit.

Alle Kostenangaben sind überschlägige Schätzungen auf der Grundlage des vorläufigen Maßnahmenkonzeptes, vorbehaltlich der Konkretisierung durch die Fortschreibung eines integrierten Handlungskonzeptes.

AUSGABEN

Weitere Vorbereitung der Entwicklungsmaßnahme

Öffentlichkeitsarbeit	
Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern	50.000 €
Gutachten, Wettbewerbe	
Städtebauliche Planung	150.000 €
Quartiersmanagement, Öffentlichkeitsarbeit	150.000 €
Summe	350.000 €

Grunderwerb

Grunderwerb	0 €
Summe	0 €

Ordnungsmaßnahmen

Ausbau von Quartiersplätzen/Grün	300.000 €
Rückbau (Flächen, Gebäude)	100.000 €
Sanierung von Kinderspielplätzen, Schaffung von Kleinkinderspielbereichen	50.000 €
Sanierung von Erschließungsanlagen	600.000 €
Summe	1.050.000 €

Baumaßnahmen

Erweiterung Gemeinbedarfseinrichtung	100.000 €
Modernisierung	300.000 €
Summe	400.000 €

Gesamtsumme 1.800.000 €

EINNAHMEN

Einnahmen aus Verkaufserlös und Anliegerbeiträgen	300.000 €
Eigenmittel der Stadt	500.000 €
Fördermittel des Bundes/Landes	1.000.000 €

Gesamtsumme 1.800.000 €

10 AUSBLICK

Mit der gemeinsamen Erarbeitung der Vorbereitenden Untersuchung und der Abgabe der Programmanmeldung senden die beteiligten Akteure wie die Stadt Hildesheim, die politischen Gremien, die vielen Einrichtungen und die Eigentümer aus dem Quartier ein deutliches Signal: Die städtebaulichen und sozialen Missstände im Untersuchungsgebiet sollen aktiv angegangen und beseitigt werden. Die Tradition und die Erfolge der Städtebauförderung sowie das von Beginn an feststellbare persönliche Engagement der am Prozess beteiligten Akteure, belegt eine hohe aktive Mitwirkungsbereitschaft und auch tatkräftige künftige Unterstützung bei den kurz- bis langfristigen Stadtentwicklungsprozessen. Die aktuellen Entwicklungen und Geschehnisse in der Stadt belegen zudem, dass sich die Stadt mit wichtigen Zukunftsthemen auseinandersetzt und sich zugleich für konkrete Maßnahmen auf Quartiersebene einsetzt.

Jugend stärken im Quartier

Neben den vielen „bunten“ Angeboten im Quartier, wird der Verein Nordstadt.Mehr.Wert auch im kommenden Jahr ein reichhaltiges Programm mit den Bewohnern gestalten. Die Stadt Hildesheim hat sich zuletzt erfolgreich als wichtige Ergänzung zur Stadtteilarbeit für das nicht investive Programm „Jugend stärken im Quartier“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) beworben. Ziel des Förderprogramms ist es, sozial benachteiligte Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Neben der ESF-Förderung beteiligen sich auch Dritte (Stadt und Landkreis, die Volkshochschule, den Caritasverband für Stadt und Landkreis Hildesheim e. V. und die Johannisstiftung) an dem Projektauftrag durch Personal- und Kosteneinsatz. Das Projekt zielt auf Jugendliche



im Alter von zwölf bis 26 Jahren, die aufgrund individueller Beeinträchtigungen oder sozialer Benachteiligungen von den gesetzlichen Angeboten nicht erreicht werden. Dabei hat die Stadt insbesondere Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf wie die Nordstadt und Oststadt/Stadtfeld im Visier. Kooperationspartner sind unter anderem die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, freie Träger und weitere Unternehmen.

Ökologischer Fußabdruck

Ein weiteres erfolgreiches Jugendprojekt zur ökologischen Stadtentwicklung läuft bereits: Der sogenannte „ökologische Fußabdruck“. Der „ökologische Fußabdruck“ beschreibt, wie viel Ressourcen ein Mensch an Energie, Wasser etc. benötigt. Diese Angaben werden dann in Flächenwerte umgerechnet. Seit einigen Monaten werden von mehr als 100 Jugendlichen kreative Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet. Die Stadt Hildesheim möchte Jugendliche als Experten ihrer Lebenswelt dafür gewinnen, ihre Ideen für eine ökologische Stadt zu formulieren und Möglichkeiten für



Inklusives Mitmach-Skulpturen-Projekt zur Mosaik-Säule in der Nordstadt im Mai 2015 (Foto: Norbert Jaekel)



Vorstellung erster Ergebnisse im Rahmen des Tages der Städtebauförderung

eine Reduzierung ihres eigenen ökologischen Fußabdrucks zu erarbeiten. Mit diesem Vorhaben sollen neue Wege gegangen werden und insbesondere Jugendliche aus vorwiegend benachteiligten Strukturen eingebunden werden. Externe Experten der Cluster Sozialagentur sowie des Büros für Nachhaltige Prozesse- und Regionalentwicklung mensch und region unterstützen die Projektteilnehmer dabei, um am Ende den „ökologischen Fußabdruck“ der ganzen Stadt mit kreativen Ansätzen der Jugendlichen dauerhaft zu verringern.

Neben Lösungen für die Stadtentwicklung untersuchen die Jugendlichen den eigenen Lebensstil und erarbeiten Veränderungsmöglichkeiten. Folgende Themen stehen dabei im Vordergrund: „Transport“, „Siedlungsgestalt und Entwicklung“, „Re- und Upcycling“, „Müllvermeidung“ sowie „Gesundheit in der Stadt“. Die ersten gelungenen Ergebnisse, die auch die Quartiere der Sozialen Stadt abbilden, wurden auch am „Tag der Städtebauförderung“ vorgestellt.



Modell Ökologischer Fußabdruck



Ideensammlung für den zweiten Bauabschnitt der Steingrube

Tag der Städtebauförderung

In diesem Jahr fand erstmalig am 9. Mai deutschlandweit der Tag der Städtebauförderung statt. Das gemeinsam von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden getragene Projekt hat zum Ziel, die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Städtebauförderung zu stärken, indem kommunale Projekte in der Öffentlichkeit präsentiert werden. In Hildesheim wurde im Zuge der Einweihung des ersten Bauabschnittes der Steingrube in der Hildesheimer Oststadt über alle Hildesheimer Fördergebiete und Projekte der Städtebauförderung informiert. Neben der Vorstellung zahlreicher Maßnahmen wurde auch über die weitere Entwicklung der Städtebauförderung und die damit verbundenen Aufgaben informiert. Zahlreiche Vertreter aus Politik und Verwaltung, Planer und Bürger lobten die städtebauliche Entwicklung der einzelnen Quartiere und die damit einhergehende Sicherung der Zukunftsfähigkeit. Abschließend wurden konkrete Ideen und Anregungen für den zweiten Bauabschnitt der Steingrube von den Besucherinnen und Besuchern an die Verwaltung herangetragen. Auch im Jahr 2016 will sich die Stadt am Tag der Städtebauförderung beteiligen. Ideen für diesen Tag

gibt es für die Stadtumbaugebiete und für die beantragten Gebiete der Sozialen Stadt.

Wettbewerb „Zukunftsstadt“

Derzeit wird das Quartier auch im Wettbewerb „Zukunftsstadt“ beleuchtet. Hildesheim hat sich mit dem Projekt: „Wohnen in Hildesheim – attraktiv, innovativ und inklusiv für alle Lebensformen“ beworben.

Wie sieht die Stadt von morgen aus? Um diese Frage geht es im Wettbewerb „Zukunftsstadt“, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Wissenschaftsjahr 2015 startet.

Die Förderung von Initiativen, Wertschätzung von Engagement und das Aufzeigen von Veränderungsmöglichkeiten bilden die Grundlage für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung. Mit der Fördersumme von bis zu 35 000 Euro, sollen die Aspekte wissenschaftlich gesamtheitlich betrachtet, analysiert und bewertet werden. Das Thema demografischer Wandel ist bundesweit bedeutsam. Die Stabsstelle Demografie und Inklusion der Stadt strebt eine breite Bürgerbeteiligung an und sieht große Synergien bei der Einbeziehung der Stadterneuerungsgebiete und der beantragten Sanierungsgebiete „Soziale Stadt“. Der Wettbewerb „Zukunftsstadt“ zeigt, wie Bürger und Forschung schon heute dazu beitragen können, Städte nachhaltig und lebenswert zu gestalten. Es geht um vielfältige Aspekte wie bezahlbares Wohnen, um klimaangepasstes Bauen, Arbeiten, Freizeit, Kultur, Bildung, Mobilität, sichere Energie und vieles mehr.

Die dargestellten Aktivitäten und das beschriebene Engagement belegen, dass die Stadt Hildesheim kontinuierlich und aktiv am Fortschritt ihrer Stadtentwicklung arbeitet. Dabei werden gerade auch benachteiligte Quartiere besonders fokussiert, um für alle Menschen in der Stadt ein lebenswertes Raum zu schaffen. Ohne die aktiven Menschen vor Ort und





Besuch der Nds. Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration, Cornelia Rundt, beim Kinderhaus „Blauer Elefant“ in der Hildesheimer Nordstadt mit Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer, Bernd Westphal (MdB) und Bernd Lynack (MdL)

die weitere Aktivierung durch die Gemeinwesenarbeit Nordstadt. Mehr Wert der letzten drei Jahre könnte jedoch kein Projekt angemessen entwickelt und umgesetzt werden. Deswegen legt die Stadt besonders Wert auf das Miteinander und die Förderung einer gemeinsamen Wertvorstellung in den Quartieren. Eine besondere Würdigung dieser Arbeit hat in diesem Jahr beispielweise das Kinderhaus „Blauer Elefant“ in der Hildesheimer Nordstadt erfahren: Zum 50-jährigen Bestehen besuchte Cornelia Rundt, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration, als Schirmherrin der Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der Ortsgruppe Hildesheim des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) die Einrichtung.

Die Vorbereitende Untersuchung stellt einen dieser zentralen Bausteine der Stadtentwicklung dar. Durch die Auseinandersetzung mit dem Quartier ist die Nördliche Nordstadt bereits jetzt schon stärker in den öffentlichen Fokus gerückt. Diese Signale lassen alle Beteiligten und vor allem die vor Ort lebenden Menschen in eine positive Zukunft blicken.



Plakat des Straßenfestes geändert mit Zukunftsbetrachtung: Soziale Stadt © Norbert Jaekel

